

Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur?

Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen

Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Die Wahl rechtspopulistischer Parteien ist eng mit der lokalen politischen Kultur² verbunden, sie korrespondiert mit der Verbreitung ausländer- und muslimfeindlicher Einstellungen auf der Stadt- und Gemeindeebene. Je weiter verbreitet diese Einstellungen in der Bevölkerung sind, so dokumentieren es Studien in Thüringen und Sachsen, desto größer ist der Stimmenanteil für die AfD (Best et al. 2018: 142, 2019: 38, Reuband 2019a: 20).³ Es handelt sich um eine probabilistische, nicht um eine deterministische Beziehung. Zum einen sind ausländer- und muslimfeindliche Einstellungen nur ein Element von rechtspopulistischen Orientierungen, die anderen können ebenso Einfluss nehmen (je nach Gemeinde mal stärker oder schwächer). Zum anderen bilden

die Einstellungen lediglich ein Mobilisierungspotential, und dieses muss sich nicht zwangsläufig im lokalen Wahlergebnis widerspiegeln. Ob es dazu kommt oder nicht, ist eine Funktion sozialer und politischer Rahmenbedingungen, eine Folge von Nachfrage und Angebot und von situationspezifischen Imponderabilien. Umgekehrt bedeutet dies: Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien auf der lokalen Ebene muss nicht notwendigerweise eine Widerspiegelung rechtspopulistischer Einstellungen sein. Gerade in kleineren Gemeinden – so hat sich in manchen Lokalwahlen gezeigt – können soziale Faktoren auf der Kandidatenebene und spezifische lokale Problemkonstellationen einen bedeutsamen Einfluss auf das Wahlergebnis ausüben (vgl. u.a. Berliner Morgenpost 2017, MDR 2019).

Aber gilt dies auch für fremden- und muslimfeindliche Protestbewegungen, die thematisch weitaus fokussierter sind, die sich – wie PEGIDA in Dresden – an einem Ort etabliert haben und dort über einen Zeitraum von mehreren Jahren Menschenmassen zu mobilisieren vermögen?⁴ Gilt hier nicht vielmehr, dass die lokalen Rahmenbedingungen auf der Einstellungsebene der Bürger der Entstehung und Aufrechterhaltung des Protests in besonderem Maße förderlich sind, beides geradezu bedingen? Und trägt im Fall Dresdens, wie manche Beobachter meinen, nicht eine überproportional hohe Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit zum „Erfolg“ der Bewegung mit bei, womöglich vorangetrieben auch durch soziale Desintegrationsprozesse, die zuvor schon eingesetzt und Verunsicherung, Frustrationserlebnisse und Ressentiments gegenüber Fremden mit sich gebracht hatten? Schließlich ist das Aufkommen von PEGIDA nicht das einzige Anzeichen zunehmenden Rechtspopulismus. Dresden ist in den letzten Jahren ebenso wenig vom wachsenden Erfolg der AfD bei Wahlen ausgespart geblieben wie andere ostdeutsche Städte, die Stadt hat die entsprechenden AfD-Wahlergebnisse in Leipzig in neuerer Zeit gar (leicht) überschritten. Gemessen an den AfD-Wahlerfolgen im Umland von Dresden – und ebenso von Chemnitz – sind die Dresdner Werte freilich unterdurchschnittlich.⁵

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz-Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² „Politische Kultur“ wird hier als Oberbegriff verstanden für die Konfiguration von Einstellungen der Bürger mit impliziten und expliziten Implikationen für deren politische Orientierungen und politische Praxis. Damit folgen wir in gewissem Maße dem Ansatz von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963), die auch nicht-politische Einstellungen und Praktiken der Bürger zur Erklärung politischer Entitäten mit heranziehen (ohne dass wir die Variablen, die bei Almond und Verba auf der Ebene von Staaten eine Rolle spielen, hier übernehmen). Nicht gemeint ist hier die politische Kultur auf der institutionellen Ebene, also auf der Ebene lokaler Behörden, politischer Institutionen und Akteuren des politischen Systems. Zu einer Diskussion des Ansatzes „Politische Kultur“ vgl. u.a. Fuchs (2007).

³ Die Korrelationen beruhen auf aggregierten Daten aus Umfragen einerseits und dem Wahlergebnis auf der Stadt- oder Gemeindeebene andererseits. Inwieweit der Effekt der in den Umfragen ermittelten Einstellungen ein Kompositionseffekt ist, der sich aus der Aggregation individueller Einstellungen ergibt, und/oder ebenfalls ein Kollektivmerkmal, das aus einer Verdichtung der Interaktionen auf lokaler Ebene resultiert, quasi als „emergent property“ (Lazarsfeld und Menzel 1961) – im Sinne einer eigenständigen lokalen kulturellen Ausbildung –, ist eine offene Frage. Dass sich die Städte und Gemeinden in der Struktur der Einstellungen ihrer Einwohner unterscheiden (gemessen an der Stärke der Korrelation zwischen den Variablen für Ethnozentrismus), zeigt sich bei der Analyse sächsischer Daten. Vermutet wird, dass die lokalen Unterschiede in der Einstellungsstruktur aus Unterschieden in der Stärke der öffentlichen Thematisierung und Diskussion über das Thema Migration und „Flüchtlingskrise“ erwachsen (Reuband 2019a).

⁴ Die Zahl der Teilnehmer an den wöchentlichen Kundgebungen ist zwar nach dem Höhepunkt im Januar 2015 gesunken, aber PEGIDA vermag selbst nach 6 Jahren immer noch jede Woche rund 1.000 (oder mehr) Personen auf den Kundgebungen zu mobilisieren und dies mit einer Historie von inzwischen mehr als 200 Kundgebungen.

⁵ In der Landtagswahl 2014 erreichte die AfD in Dresden einen Anteil von 8,5 % der Stimmen, in der Bundestagswahl 2017 22,5 %, in der Europawahl 2019 18,7 %, in der Stadtratswahl 2019 18,3 % und in der Landtagswahl 2019 22,4 %. Gleichzeitig stieg allerdings auch der Anteil für die „Grünen“, von

Die erste Kundgebung von PEGIDA, zu der 350 Menschen kamen, fand im Oktober 2014 statt: eine Zeit, in der die Zahl der Asylbewerber zwar angestiegen war, die „Flüchtlingskrise“ im Herbst 2015 jedoch noch in weiter Ferne lag und von niemandem in dieser Weise vorhergesehen wurde. Das unerwartet rasche Wachstum der Teilnehmerzahl von PEGIDA-Kundgebungen gegen Ende des Jahres 2014 bis zur Großveranstaltung im Januar 2015 vollzog sich mithin in einer Zeit, in der Flucht und Migration kein prominentes Thema in den Medien und dem öffentlichen Diskurs war. Dazu kam es erst später, im Herbst 2015, und es brachte PEGIDA nach einer Zeit des Niedergangs einen neuen Aufschwung (vgl. Berger et al. 2016). Aber die hohen Teilnehmerzahlen wie am 12. Januar 2015, als je nach Schätzung zwischen 17.000 und 25.000 Menschen zur Kundgebung kamen, wurden nicht mehr erreicht.

Bedeutet die gerade explosionsartige Ausweitung der Teilnehmerzahlen zwischen Oktober 2014 und Januar 2015, dass sie eine Folge gesellschaftlicher Veränderungen war, die sich längst vorher angebahnt hatten? War die Ausländerfeindlichkeit zuvor bereits massiv gestiegen, so dass eine Umsetzung in Protesthandeln geradezu erwartbar war? Oder hatten soziale und politische Verwerfungen eine Situation der Unzufriedenheit geschaffen, so dass es bloß eines äußeren Anlasses – wie des Aufrufs zur Teilnahme an der Kundgebung – bedurfte, um Massen für PEGIDA zu mobilisieren? Und sorgten womöglich die gleichen Bedingungen dafür, dass es PEGIDA wie keiner anderen sozialen Bewegung in der deutschen Nachkriegszeit gelang, sich längerfristig zu etablieren, über einen Zeitraum von inzwischen sechs Jahren und dies mit nahezu wöchentlichen Kundgebungen?

Dass soziale Desintegrationsprozesse zum Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus führen, ist von einer Reihe von Autoren – in prononcierter Weise von Vertretern der Theorie „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ – vorgebracht worden (Heitmeyer 2018). Dass der Anstieg des Rechtspopulismus in jüngerer Zeit, auch wenn er seinen Fokus auf Fremde und Migranten legt, nicht im Zustrom von Flüchtlingen und Migranten des Jahres 2015/16 seine Ursache hat, sondern sich auf längerfristige soziale und politische Erosionsprozesse gründet – der Anti-Flüchtlings-Protest lediglich ein Oberflächenphänomen darstellt –, ist ebenso von anderen Autoren mit

der Bundestagswahl 2017 mit 8,7 % auf 20,5 % in der Stadtratswahl 2019. Damit wurden Bündnis 90/Die Grünen im Stadtparlament 2019 die stärkste Partei (gefolgt von der CDU mit 18,3 %).

etwas anderen Akzenten und Begründungen behauptet worden (u.a. Koppetsch 2019a).

In beiden Varianten ist der fremden- und islamfeindliche Protest Ausdruck längerfristiger Veränderungen, die nicht per se mit dem Thema der Migration zu tun haben, sondern darin lediglich einen Ausdruck finden. Aber auch wenn von den Autoren fremdenfeindliche Einstellungen gewöhnlich mit den längerfristigen Erosionsprozessen in Verbindung gebracht werden – zwingend notwendig ist dieser Konnex nicht. Man könnte ebenso gut argumentieren, dass die Änderungen in den „Tiefenschichten“ der Gesellschaft (Koppetsch 2019b) erst bei gegebenen Umständen aktiviert werden und sich in Form migrationsbezogener Fremdenfeindlichkeit dann auskristallisierten.

Dass die Ostdeutschen Ausländern und dem Islam gegenüber kritischer bis feindseliger eingestellt sind als die Westdeutschen, daran lassen repräsentative Bevölkerungsbefragungen keinen Zweifel (vgl. u.a. Decker et al. 2015, Zick et al. 2015, Reuband 2017a, Pokorny 2020). Es gibt auch keinen Zweifel daran, dass ausländerfeindliche Anschläge – gemessen an der Bevölkerungszahl – in den neuen Bundesländern überproportional häufig stattgefunden haben (Benecke und Strasheim 2016, Backes 2020). Umso plausibler musste es vielen Betrachtern erscheinen, dass die fremden- und islamfeindliche Protestbewegung PEGIDA in den neuen Bundesländern entstand und dort einen breiten Rückhalt fand, während sie in den alten Bundesländern zu keinen vergleichbaren Erfolgen kam. PEGIDA wurde folglich zu einem ostdeutschen Phänomen deklariert und die Ursachen in ostdeutschen Befindlichkeiten gesucht.

Dass PEGIDA in Sachsen entstand und reüssierte, gab zunehmend aber auch Interpretationen Auftrieb, die sächsische Mentalitäten zur Ursache erklärten (u.a. Lühmann 2014). Manche Autoren scheuten dabei auch nicht vor einer platten „Völkerpsychologie“ zurück, als sie geschichtliche Ereignisse und Kontinuitäten zu einer prägenden Determinante sächsischer Mentalität erhoben. Doch dieser Fokus auf Sachsen als Ganzes war nicht von Dauer. Weil Dresden der Ort blieb, an dem die massenhaften Demonstrationen stattfanden, während ähnliche Bemühungen in Leipzig zu keinem vergleichbaren Ergebnis führten, verengte sich recht bald der Blick auf Dresden. Und so wurde die Stadt im öffentlichen Diskurs recht bald zur „Hauptstadt des Rassismus“, zum Ort, wo „Menschenfeindlichkeit normal ist“.⁶

⁶ Dresden titulierte als „Hauptstadt des Rassismus“ in einer Anmoderation der ZDF-Heute-Sendung vom 18.04.2016; „Wo Menschenfeindlichkeit normal ist – Rassismus setzt sich in

Warum PEGIDA gerade in Dresden entstand und sich so breit zu etablieren vermochte, dafür wurden die unterschiedlichsten Erklärungen vorgebracht. Sie reichen vom fehlenden Empfang des Westfernsehens zu DDR-Zeiten über eine Sättigung des Dresdner Bürgertums bis zu einem ausgeprägten Konservatismus, wie er sich in den kontinuierlichen Wahlerfolgen der CDU auf kommunaler Ebene niedergeschlagen hätte.⁷ Für viele Beobachter ist weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit ohnehin seit langem ein Merkmal der Dresdner (vgl. u.a. Lucke 2015: 5). Doch stimmt es, dass die Dresdner in dieser Hinsicht eine Sonderstellung einnehmen? Lassen sich die Entstehung von PEGIDA und die Erfolge der Massenmobilisierung auf Dresdner Eigenheiten zurückführen?

Um diese Frage zu klären, bedarf es einer detaillierten Sichtung empirischer Befunde, die Aussagen über die Einstellungen zu Ausländern ermöglichen sowie über soziales Deprivationserleben und Verunsicherung. Zu diesem Zweck greifen wir auf eine Serie von uns durchgeführter Bevölkerungsumfragen zurück, die repräsentative Aussagen über die Dresdner Bevölkerung erlauben und sich über einen nahezu 20-jährigen Zeitraum erstrecken.⁸ Die erste Erhebung fand 1995 statt, die letzte im Mai-Juli 2014, kurz bevor PEGIDA sich bildete und im Oktober die erste Kundgebung abhielt. Die Umfragen zeichnen sich – ähnlich dem ALLBUS – durch eine Mischung konstanter und variierender Fragestellungen aus. Fragen zum Ethnozentrismus gehören standardmäßig dazu. Ergänzend ziehen wir mehrere, zum Teil zeitgleich von uns durchgeführte Erhebungen aus ost- und westdeutschen Städten heran. Sie bedienen sich des gleichen methodischen Zugangs und identischer Frageformulierungen, so dass es möglich wird, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Dresden und anderen ost- und westdeutschen Städten zu ermitteln.

In einem ersten Schritt der Analyse geht es – nach einer Diskussion der Indikatoren – um die Frage, wie sich in Dresden die Einstellungen zu Ausländern und

Asylbewerbern seit Mitte der 1990er Jahre verändert haben: Gibt es einen Anstieg ethnozentrischer Ressentiments, welcher die Entstehung von PEGIDA im Herbst 2014 und die weitere Entwicklung erklären könnte? In einem zweiten Schritt wird der Frage städtischer Spezifika nachzugehen sein: Sind ethnozentrische Ressentiments in überproportionalem Maße in Dresden verbreitet im Vergleich zu anderen Städten? In einem dritten Schritt geht es um Fragen politischer Entfremdung sowie um „Law and Order“-Orientierungen, in einem vierten um Lebensbedingungen und Deprivationserfahrungen. Und in einem fünften Schritt soll geprüft werden, inwieweit Veränderungen im öffentlichen Diskurs den Islam als Bedrohung in den Fokus der Aufmerksamkeit rückten.

2. Methodisches Vorgehen

Basis der Analysen sind Umfragen, welche die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit, 18 Jahre und älter, als Grundlage haben und sich auf eine Randomstichprobe aus dem Einwohnermelderegister der Stadt stützen.⁹ Die Themen, die in 11-seitigen Fragebögen jeweils angesprochen wurden, waren breit gestreut, sie bezogen sich u.a. auf Lebensbedingungen, Einstellungen zu sozialen und politischen Themen sowie das Sicherheitserleben. Die Fragen zu Ausländern bildeten jeweils nur einen kleinen Teil innerhalb des Fragekatalogs. Eine einseitige, thematisch bedingte Rekrutierung zugunsten derer, die sich für das Ausländerthema besonders stark interessieren, für oder gegen Ausländer eingestellt sind, kann deshalb ausgeschlossen werden.¹⁰

Durchgeführt wurden die Erhebungen postalisch. Anders als oftmals in der Literatur dargestellt, sind postalische Befragungen anderen Befragungsverfahren nicht unterlegen. Im Gegenteil, wenn sie richtig durchgeführt werden, erreichen sie gewöhnlich höhe-

Dresden fest“, so die Überschrift eines dpa-Beitrags, in ntv-online, 03.05.2016.

⁷ Vgl. u.a.: <https://www.berliner-zeitung.de/kolumne-zur-fremden-angst-in-dresden-pegida-eine-alte-dresdner-eigenheit-li.6224>; http://www.focus.de/politik/deutschland/tal-der-ahnungslosen-historiker-fehlendes-westfernsehen-grund-fuer-PEGIDA-zulauf_id_4412465.html; letzter Zugriff 13.10.2020.

⁸ Es handelt sich um Umfragen, die von uns zunächst vom Institut für Soziologie der TU Dresden aus durchgeführt wurden bzw. später vom Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (mit einem gemeinsamen Briefkopf von Universität Düsseldorf und TU Dresden als Kooperationsprojekt). Der Rückversand des Fragebogens erfolgte im letzteren Fall an die Universität Düsseldorf.

⁹ Eine Ausnahme bildet die Erhebung von 1998. Sie stützt sich zu 60 % auf die Befragten unserer Panelstudie und zu 40 % auf Personen, die mittels Randomstichprobe aus dem seinerzeit gerade veröffentlichten (und daher aktuellen) Adressbuch der Stadt gezogen wurde. Die Zahl derer, die sich gegen einen Eintrag ausgesprochen hatten, war zu dieser Zeit minimal und ist als vernachlässigbar anzusehen.

¹⁰ Die Statements waren im Mittelteil des Fragebogens im Kontext von Einstellungen zu unterschiedlichen Themen platziert. Gemessen an den Statements oder Fragen, die im 11-seitigen Fragebogen gestellt wurden, handelt es sich um einen nahezu vernachlässigbaren Anteil. In der Erhebung von 2014, in welcher der Umfang zum Ethnozentrismus etwas größer war als sonst (weil – wie schon 1998 – die Bewertung von Völkern/Gruppen erfragt wurde), umfassten die Statements/Fragen zum Ethnozentrismus einen Anteil von 5,9 %. In den anderen Erhebungen lag der Anteil eher bei ca. 2 %.

re Ausschöpfungsquoten als dies heutzutage bei mündlichen face-to-face- und telefonischen Befragungen der Fall ist (vgl. Reuband 2015a). Methodisch haben sie den großen Vorteil, dass sozial erwünschte Antworttendenzen, die besonders beim Thema Ausländer erwartet werden können, minimiert sind. Und in der sozialen Zusammensetzung der Befragten im Vergleich zur amtlichen Bevölkerungsstatistik schneiden sie gegenüber den anderen Erhebungsverfahren keineswegs schlechter, sondern oft sogar besser ab.

Bei der Durchführung der postalischen Erhebungen orientierten wir uns an der „Total Design Methode“ von Don Dillman und an deutschen Erfahrungen (vgl. Reuband 2014). Dies beinhaltet personalisierte Anschreiben, portofreie Rückumschläge und bis zu drei Erinnerungskationen mit erneuter Zusendung des Fragebogens an Personen, die noch nicht geantwortet hatten. Die Teilnahmebereitschaft in den Erhebungen erwies sich – gemessen an den damals wie heute üblichen Ausschöpfungsquoten in der Umfrageforschung – durchweg als überproportional hoch. Die Ausschöpfungsquoten liegen in Dresden zwischen 55 % und 70 %¹¹ Die Zahl der Befragten je nach Erhebung variiert zwischen rund 700 und 1.200 Personen. In den anderen Städten, die punktuell in den Vergleich eingehen, liegen die Ausschöpfungs-

quoten in der Regel um die 50 % bis 60 %.¹² Die Befragtenzahl ist dort in der Regel in etwa in der gleichen Größenordnung wie in Dresden.

Ergänzt wurden die Dresdner Querschnitterhebungen durch eine Panelstudie. Sie knüpft an Befragte der Erhebungen von 1995 und 1996 an und wurde in mehreren Wellen bis zum Jahr 2001 fortgeführt (dazu vgl. Reuband 1998, 2010a). Wir machen von ihr hier nur selektiv Gebrauch: indem wir für das Jahr 1997 – in dem bestimmte Fragen in der Querschnitterhebung nicht gestellt wurden, wohl aber in der Panelstudie – die Ergebnisse der Panelstudie in den Trendvergleich einbeziehen.¹³

Die ethnozentrischen Einstellungen wurden über mehrere Statements mit einer vierstufigen Antwortskala erfasst. Die hierbei verwendeten Antwortkategorien waren „Stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“. Die Statements bezogen sich zum einen auf Ausländer, zum anderen auf Asylbewerber. Im Fall der Ausländer lauteten sie „In Deutschland leben zu viele Ausländer“ sowie „Wenn es weniger Ausländer gäbe, würde es weniger Kriminalität geben.“ Die positiv formulierten Statements lauteten „Ich lebe gern in einer Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben“ sowie „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“. Im Fall der Asylbewerber lautete die Aussage „Die meisten Asylbewerber missbrauchen das Asylrecht“. Zusätzlich war im Kontext erfragter Sorgen auf einer fünfstufigen Skala (mit „teils/teils“ als mittlerem Wert) das Statement aufgeführt: „Ich mache mir Sorgen,

¹¹ Vgl. zum methodischen Vorgehen Reuband (1999, 2001). Die Ausschöpfungsquote ist bezogen auf die bereinigte Bruttostichprobe – bereinigt um die neutralen Ausfälle (unbekannt, verstorben, verzogen). Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung wurde in den Erhebungen in zufriedenstellender Weise reproduziert. Ähnlich wie bei anderen Erhebungen – postalisch, face-to-face oder telefonisch – sind zwar die Jüngeren leicht unterrepräsentiert und die schlechter Gebildeten unterrepräsentiert. Die Unterschiede sind jedoch relativ gering, von nennenswerten Verzerrungen, welche die Ergebnisse beeinträchtigen, ist nicht auszugehen (umso mehr als der Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Einstellungen meist relativ schwach ist). In der Dresdner Erhebung von 2014 sind 36 % der Befragten 60 Jahre und älter, in der Bevölkerung Dresdens 32 %. In der Umfrage sind 54 % weiblich, in der Bevölkerung Dresdens 51 % (Landeshauptstadt Dresden 2013: 11; eigene Berechnungen). 12 % der Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit verfügen über eine Volkshochschulbildung, im Mikrozensus liegt der Anteil bei 19 %. 32 % haben die mittlere Reife, im Mikrozensus 36 %. Und 56 % haben Fachhochschul- oder Hochschulreife, im Mikrozensus sind es 45 %. (Quelle: Mitteilung des Statistischen Landesamts Sachsen. Siehe auch: Bevölkerung nach Schulabschluss und Berufsabschluss; URL: dresden.de; Mikrozensus; Zugriff 16.09.2020; eigene Berechnungen). Würde man die Umfragen in der Kombination Geschlecht/Alter/Bildung gewichten, würde sich – so der Befund verschiedener Analysen – in der Verteilung der ethnozentrischen Einstellungen praktisch nichts ändern. Die entsprechenden Werte würden maximal um 2-3 Prozentpunkte steigen. Wir verwenden daher hier jeweils die ungewichteten Datensätze.

¹² Eine Ausnahme bildet die Umfrage in Hamburg aus dem Jahr 2011, bei der die Ausschöpfungsquote lediglich bei 44 % lag. Dies dürfte, wie die Analyse einer früheren Hamburger Befragung (mit noch etwas geringerer Quote) erbrachte, jedoch keine nennenswerten Konsequenzen für die Ergebnisse haben (vgl. Reuband 2011). Die Erhebungen in den anderen Städten unterlagen dem gleichen methodischen Vorgehen wie in Dresden: Einwohnermeldeamtsstichprobe von Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft 18 Jahre und älter, postalische Befragung mit 11-seitigem Fragebogen, Erinnerungsaktionen. Die Erhebungen gingen von der Universität Düsseldorf aus.

¹³ Man kann davon ausgehen, dass die Angaben für Querschnitts-Aussagen nicht dadurch beeinträchtigt sind, dass sie einer Panelstudie entstammen. Dafür spricht ein Vergleich von Fragen, die sowohl in der Bevölkerungsumfrage als auch in der Panelerhebung gestellt wurden. Der größere Teil des Panels wurde über die Umfrage von 1996 rekrutiert, der kleinere über die Umfrage von 1995. Aus welcher Erhebung die Befragten ursprünglich stammten, hat auf die Verteilung der ethnozentrischen Einstellungen, die hier interessieren, keinen Einfluss.

dass immer mehr Asylanten nach Dresden kommen.“¹⁴

Die Verwendung des Begriffs „Ausländer“ in unserer Umfrage entspricht der üblichen Praxis auch in anderen Umfragen. Es handelt sich um eine globale Kategorisierung, bei der unterschiedliche Herkunftsländer denkbar sind. Nicht jedes Herkunftsland dürfte von den Befragten mit dem Begriff assoziiert werden, Amerikaner oder Japaner werden bei diesen Fragen sicherlich seltener spontan zu den Ausländern gerechnet als etwa Türken oder Nordafrikaner.¹⁵ Zudem dürfte nicht jeder, der die Begrifflichkeit verwendet, ausschließlich an Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft denken. Personen mit Migrationshintergrund, die rein äußerlich als solche erkennbar sind, dürften oft ebenfalls dazu gezählt werden. Gleichwohl: Dass die Antworten auf Fragen, die sich des Begriffs „Ausländer“ bedienen, sich zur Ermittlung ethnozentrischer Orientierungen eignen, daran besteht kein Zweifel. Die Statements liegen gemäß Faktorenanalyse alle auf der gleichen Dimension. Überführt man sie in eine Skala, weist diese eine hohe Reliabilität auf.¹⁶

3. Ethnozentrismus als Kontinuum

In der öffentlichen Diskussion hat sich der Begriff der „Ausländerfeindlichkeit“ eingebürgert, wenn es um abwertende Aussagen über Ausländer und Migranten geht. Genau genommen aber muss man von einem Kontinuum des Ethnozentrismus ausgehen, das von positiven, neutralen oder indifferenten Orientierungen über milde Formen von Kritik oder Ablehnung bis zu ausländerfeindlichen und rassistischen Einstellungen reicht. Die Beziehung ist komplexer Natur. Wer generell ausländerfeindlich ist, wird auch die milder formulierten Aussagen beja-

hen. Er wird sie bejahen, weil sie mit seinen Überzeugungen übereinstimmen und ihm eine Rechtfertigung liefern. Doch es gilt nicht zwangsläufig ebenso die umgekehrte Beziehung: wer die milderen Aussagen bejaht, muss nicht ausländerfeindlich sein oder gar rassistische Meinungen vertreten. Schließlich haben manche der Aussagen, wie sie sich hier auch in den vorgelegten Statements wiederfinden, durchaus einen gewissen Realitätsbezug und spiegeln nicht per se zwangsläufig bloße Fehlwahrnehmungen und Vorurteile wider. So sind Ausländer in der Kriminalstatistik tatsächlich überrepräsentiert (Bundeskriminalamt 2014), und nur ein Teil der Asylbewerber wird als solcher anerkannt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017: 11). Selbst die Aussage, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland, könnte aus Sicht mancher Befragter mit realen Bezügen verbunden sein und muss nicht notwendigerweise eine Ablehnung von Ausländern per se bedeuten.¹⁷

Wie sehr es verfehlt wäre, aus der Bejahung einzelner Negativaussagen eine generalisierte Ausländerfeindlichkeit abzuleiten, wird deutlich, wenn man die Statements mit Positivaussage in der Betrachtung heranzieht, wie „Ich lebe gern in einer Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen Ländern leben“ oder „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“. Diese Aussagen werden von einer Mehrheit der Befragten bejaht. Sie werden selbst von denen zum Teil bejaht, die allen drei Negativ-Statements – zu viele

¹⁴ Der Begriff „Asylanten“ war zu der Zeit, als erstmals die Frage eingesetzt wurde, in der Öffentlichkeit im Allgemeinen mit dem (heutzutage eher als neutral empfundenen) Begriff „Asylbewerber“ identisch. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Frageformulierungen in den späteren Erhebungen beibehalten.

¹⁵ Korreliert man das Statement „Ich bin stolz Deutscher zu sein“ mit der Bewertung unterschiedlicher Völker, so zeigt sich in einer Düsseldorfer Erhebung von uns, dass die Japaner deutlich aus dem Raster herausfallen, sie gar auf der Sympathieskala überproportional von denen genannt werden, die stolz auf die eigene deutsche Zugehörigkeit sind (Reuband 2007).

¹⁶ Würde man die drei am häufigsten, regelmäßig erhobenen Statements („zu viele Ausländer“, „Ausländerkriminalität“, „Asylmissbrauch“) zu einer Skala zusammenfassen, käme man in der Erhebung von 2014 auf ein Cronbachs Alpha von .881. Würde man weitere Indikatoren einbeziehen („Sorgen um Asylantenzuzug“, „Gern leben in einer Stadt mit Ausländern“), käme man auf einen Wert von .898.

¹⁷ So kann jemand z.B. der Ansicht sein, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben – nicht, weil er Ausländer per se ablehnt, sondern weil er einer Fehlwahrnehmung der Größenzahlen unterliegt. Oder weil er die Schwellenwerte für „viele“ niedriger setzt als größere Teile der Bevölkerung. Oder weil er die gegenwärtigen Entwicklungen in die Zukunft hin extrapoliert. Dabei muss auch nicht mal eine Rolle spielen, dass in der eigenen Stadt oder Gemeinde die Zahlen geradezu vernachlässigbar niedrig liegen (wie in Ostdeutschland), der Fokus mag vielmehr primär auf Deutschland als Ganzes und die Gesamtentwicklung dort ausgerichtet sein (oder bestimmt sein durch den Blick auf urbane Ballungsgebiete mit hohem Ausländeranteil, die als Abbild zukünftiger Entwicklungen verstanden werden). Desgleichen muss jemand, der die Aussage ablehnt, die Ausländer seien eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland, nicht notwendigerweise ausländerfeindlich sein. Für ihn kommt es u.U. darauf an, aus welcher Gesellschaft die Ausländer kommen. So mag er die Aussage ablehnen angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Migranten aus einem islamischen Kulturkreis stammt, überproportional über ein niedriges Bildungsniveau verfügt und teilweise andere Werte vertritt (z.B. bezüglich der Rolle der Frau). Für einen Mittelschichtangehörigen, der in Kontakt mit Ausländern oder Migranten mit höherem Bildungsstatus kommt, dürfte sich die Situation gänzlich anders darstellen als für Personen aus unteren sozialen Schichten, die mit Migranten auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren.

Ausländer, Kriminalität durch Ausländer und Asylmissbrauch – „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen.¹⁸

Dass der Anteil derer, die angeben, gern in einer Stadt mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern zu leben, so hoch ausfällt und selbst bei denen einen gewissen Stellenwert hat, die gegenüber Ausländern eine höchst ablehnende Position einnehmen, muss wie ein Widerspruch erscheinen. Dies muss es aus Sicht der Befragten jedoch nicht sein (von möglichen Akquieszenzeffekten bei der Beantwortung mal abgesehen).¹⁹ Es könnte damit zusammenhängen, dass bei der Frage nach dem Leben in der Stadt mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern an einen breiteren Kreis von Ausländern gedacht wird oder auch an spezifische Eigenschaften, die man bei manchen Ausländern oder Migrant*innen wertschätzt und als Bereicherung empfindet. Die negativen Eigenschaften,

die unter Umständen ebenfalls zugeschrieben werden, geraten dadurch etwas in den Hintergrund.²⁰

Dass die Befragten, die alle drei Statements über Ausländer bejahen, nicht in generalisierter Weise Ausländern ablehnend gegenüberstehen, zeigt sich ferner, wenn man die „Ausländer“ in ihrer Herkunft konkretisiert und nach dem Grad der Sympathie einstuft. Dass keine der sechs vorgegebenen ethnischen Gruppen²¹ als unsympathisch deklariert wird, findet sich unter denen, die allen drei Negativaussagen zustimmen, im Jahr 2014 immerhin bei rund einem Drittel (36 %). Wer das eine oder andere Statement mit ethnozentrischen Bezügen bejaht, ist mithin nicht per se zwangsläufig auch ausländerfeindlich oder rassistisch gesonnen. Je mehr Statements mit ausländerfeindlichen Bezügen bejaht werden, desto eher ist freilich die Wahrscheinlichkeit eines hohen Maßes an ethnozentrischen Ressentiments gegeben.

Im Folgenden werden wir die genannten Indikatoren in erster Linie einzeln im zeitlichen und regionalen Vergleich betrachten. Damit folgen wir nicht nur der Praxis anderer Studien²², sondern tun es hier in erster Linie, um auch der Besonderheit der Struktur der Einstellungen gerecht zu werden. Dies ist umso mehr geraten, als von den Statements etwas unterschiedliche Akzente gesetzt werden.²³ Manche beziehen sich auf Ausländer, andere auf Asylbewerber. Manche weisen in hohem Maße eine bewertende Kompo-

¹⁸ In der Erhebung von 2014 sind es z.B. fast ein Drittel (31 %), die in dieser Gruppe dem Satz zustimmen, sie würden gern in einer Stadt mit Menschen aus anderen Ländern leben. In der Erhebung von 2000 sind 29 % in dieser Gruppe, die meinen, dass die Ausländer in Deutschland eine Bereicherung darstellen. Nimmt man in der Erhebung von 2014 diejenigen, die alle drei Negativstatements bejahen und gleichzeitig die Aussage ablehnen, sie würden gern in einer Stadt leben, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben („stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu“), – sie könnte man am ehesten als generalisiert ausländerkritisch/-feindlich bezeichnen – kommt man für die Gesamtheit der Befragten auf einen Anteil von 20 % (im Jahr 2000 von 25 %). Würde man das Kriterium noch enger fassen und (in Kombination mit den drei Statements) nur diejenigen in die Berechnung einbeziehen, die dem Statement zu ethnisch-kulturellen Heterogenität in der Stadt „überhaupt nicht“ zustimmen, käme man 2014 auf einen harten Kern von 2 % (2000 von 5 %).

¹⁹ Akquieszenzeffekte, welche eine allgemeine Zustimmungstendenz zu den vorgelegten Statements beinhalten, gibt es in gewissem Umfang bei jeder Umfrage, die mit Statements arbeitet. Sie sind gewöhnlich bei Älteren und schlechter Gebildeten überproportional verbreitet (Krosnick et al. 2005: 42). Dies gilt auch für postalische Befragungen, obwohl dort der zeitliche Beantwortungsdruck geringer ist als bei face-to-face- oder telefonischen Befragungen (vgl. Reuband 2003). Und es gilt auch für die vorliegende Untersuchung: Während die Korrelation zwischen der Aussage, es gebe „zu viele Ausländer“, und der Aussage, man lebe „gern in einer Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben“, bei den Befragten mit Haupt-/Volksschulbildung $r = -.32$ beträgt, beläuft sie sich bei den Befragten mit mittlerer Reife auf $r = -.57$ und denen mit Abitur auf $r = -.62$. Bei den 18-29-jährigen liegt der Wert bei $r = -.70$, 30-44 $r = -.63$, 45-59 $r = -.64$ und 60 und älter $r = -.45$. Man sollte den Einfluss von Akquieszenzeffekten (die nicht nur eine methodische, sondern auch eine inhaltliche Komponente haben) auf das oben beschriebene Ergebnis freilich nicht überbewerten, es bleibt der Tatbestand unterschiedlicher Akzente in der Äußerung ethnozentrischer Einstellungen bestehen.

²⁰ So mag z.B. die Gastfreundschaft oder der familiäre Zusammenhalt von Türken geschätzt werden, nicht aber ein Traditionalismus, welcher oftmals die Rolle der Frauen betrifft. Je nach Frageakzent mag mal eher der eine Aspekt oder der andere die Assoziationen und die Beantwortung der Frage bestimmen.

²¹ Vorgegeben waren (neben den Sachsen, Mecklenburgern und Westdeutschen als Eigengruppen): Polen, Engländer, Russen, Griechen, Türken, Vietnamesen. Die Skala umfasste die Antwortkategorien „sehr sympathisch – sympathisch – teils, teils – unsympathisch – sehr unsympathisch“. Der Anteil derer, die alle drei Negativstatements zu Ausländern bejahen und mindestens eine der sechs Gruppen als unsympathisch („unsympathisch“, „sehr unsympathisch“) bezeichnen, liegt in der Gesamtheit der Befragten in der Umfrage von 2014 bei 17 %. Würde man das Kriterium enger fassen und mindestens bei der Hälfte der sechs Gruppen ein Negativurteil zugrunde legen, käme man gar nur auf einen Wert von 6 %.

²² In den meisten Fällen (z.B. Küpper et al. 2015: 30ff) werden in herausgehobener Weise die Aussagen auf der Basis einzelner Statements dargestellt und diskutiert. Wenn es zur Skaleneinbildung kommt, dann im Rahmen weiterer Analysen, bei denen Beziehungen zu anderen Merkmalen hergestellt werden.

²³ Wie sehr trotz Ladung auf einer Dimension zeitbedingt einzelne Items einem stärkeren Wandel unterliegen können als andere, zeigt sich u.a. am Beispiel des Anomieverlaufs in einer Hamburger Bevölkerungsumfrage zum Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center im Jahr 2001 (Reuband 2010a).

te auf, spiegeln Ressentiments in größere Maße wider, andere tun es weniger. Und bei manchen ist es denkbar, dass ein etwas anderes Spektrum von Ausländern in den Blick gerät als bei anderen.

Natürlich ist es denkbar, dass sich die Entwicklungen in unterschiedlichen Richtungen verlaufen und erst durch die Konstruktion einer Skala man eine Aussage über Mittelwertverschiebungen und Mittelwertunterschiede erlangen kann. Für uns bedeutsamer ist an dieser Stelle jedoch, wie sich die Verhältnisse auf der Ebene der einzelnen Indikatoren darstellen, welcher Eigendynamik sie unterliegen und wie sehr sie sich von Stadt zu Stadt unterscheiden. Je konsistenter der Zusammenhang auf der Ebene der jeweiligen Indikatoren, desto eher das Vertrauen, darin ein konsistentes Muster zu erfassen.

4. Ethnozentrismus im Langzeitvergleich

Wie haben sich die Einstellungen zu Ausländern im Zeitverlauf verändert, wie sehr gibt es in Dresden – wie mitunter vermutet – einen Anstieg ethnozentrischer Ressentiments, welcher der PEGIDA-Entstehung vorgelagert ist und sie erst verständlich macht? Für die Vermutung steigender Ressentiments gibt es keine Belege. Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, hat sich bei allen Fragen seit Mitte der 1990er der Anteil derer reduziert, die sich negativ über Ausländer und Asylbewerber äußern. Während Mitte der 1990er Jahre noch rund zwei Drittel (66 %) der Meinung waren, es gäbe zu viele Ausländer, waren es im Sommer 2014 weniger als die Hälfte (45%).²⁴ Ähnlich stark sank der Anteil derer, die meinen, es würde bei weniger Ausländern weniger Kriminalität geben, und bei denen, die an einen weit verbreiteten Asylmissbrauch glauben. Der Trend ist in seiner Langzeitentwicklung eindeutig. Zeitbedingte „Ausreißer“ wie im Jahr 2002, als vorübergehend der Ethnozentrismus anstieg, sind gleichwohl nicht ausgeschlossen.²⁵

²⁴ Mit einer ähnlichen Skala wurde die Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ in der Bielefelder „Mitte Studie“ von 2014 erhoben. In dieser Erhebung stimmten dieser Aussage 37 % der Befragten zu (Küpper et al. 2015: 33). Dieser Wert liegt leicht unter dem vergleichbaren Satz in unserer Erhebung, was zum einen dem Einbezug der Westdeutschen in die Auswertung und zum anderen dem telefonischen Erhebungsmodus geschuldet sein dürfte (sozial erwünschte Antworten werden in Telefonumfragen im Vergleich zu postalischen Befragungen eher gegeben, vgl. Reuband 2002).

²⁵ Die Werte für 2002 liegen etwas über denen von 2000: Folge, so vermuten wir, eines vorübergehenden Anstiegs des Ethnozentrismus in Gefolge der Flutkatastrophe von 2001 (dazu vgl. Reuband 2021). Dass Katastrophen Xenophobie ansteigen lassen, darauf deuten vereinzelte US-Studien hin (vgl. Lee et al. 2020).

Fasst man die drei Statements (zu viele Ausländer, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch) zu einer Skala zusammen, in welcher die Zahl der zustimmenden Antworten erfasst ist (Zustimmung „voll und ganz“ oder „eher“), zeigt sich: während 1996 noch 48 % der Befragten allen drei Statements zustimmten, sind es 2014 nur noch 29 %.²⁶ Parallel dazu ist der Anteil derer gestiegen, die keinem der Statements zustimmen: von 18 % auf 38 %. An dem statistisch hochsignifikanten Trend würde sich auch dann nichts ändern, wenn man das volle Antwortspektrum nutzt und die Statements in all ihren vier möglichen Antwortoptionen in eine Skala überführt.

Tabelle 1: Einstellungen der Dresdner zu Ausländern und Asylbewerbern im Zeitverlauf (Zustimmung in %)

| | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 2000 | 2002 | 2014 |
|------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Zu viele Ausländer | - | 65 | 68* | 62 | 52 | 56 | 45 |
| Ausländer-Kriminalität | - | 67 | 64* | 59 | 51 | 54 | 48 |
| Gern in Stadt mit Ausländern | - | - | - | - | 58 | - | 69 |
| Bereicherung für Kultur | - | - | - | 42 | - | 55 | - |
| Asylmissbrauch | - | 65 | 65* | 61 | 58 | 54 | 43 |
| Sorge um Asylantenzustrom | 33 | 43 | 41 | 41 | 27 | 34 | 28 |

- nicht erhoben

Frageformulierungen: „Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, wie sehr Sie ihnen zustimmen ... In Deutschland leben zu viele Ausländer – Wenn es weniger Ausländer gäbe, würde es weniger Kriminalität geben – Ich lebe gern in einer Stadt, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben – Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland – Die meisten Asylbewerber missbrauchen das deutsche Asylrecht“. Antwortkategorien: „stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – zu stimme eher nicht zu – stimme überhaupt nicht zu“ [„stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ in der Tabelle zusammengefasst]; „Was bereitet Ihnen zurzeit persönlich Sorgen? Was bedrückt Sie, wenn Sie an Ihre Zukunft denken? Ich mache mir Sorgen, dass ... immer mehr Asylanten nach Dresden kommen“ Antwortkategorien „sehr stark – stark- mittel – wenig – überhaupt nicht“. [„Sehr stark“ und „stark“ in der Tabelle zusammengefasst].

Basis: Postalische Erhebungen des Verfassers; Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit, 18 Jahre und älter.

**Panel*, basierend auf Befragten aus der Erhebung von 1995 (=25 % der Befragten) und von 1996 (=75 % der Befragten).

Zahl der Befragten 1995: 890; 1996: 1.297; 1997: 1.218/ *Panel*: 915; 1998: 1.212; 2000: 837; 2002: 1.080; 2014: 760.

²⁶ Würde man sich auf diejenigen beschränken, die den drei Statements „voll und ganz“ (und „eher“ auslassen) zustimmten, kommt man für 2014 auf einen Anteil von 20 %. Würde man zusätzlich den Anteil derer mit reinrechnen, welche die Aussage verneinen, sie würden gern in einer Stadt mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern leben, würde der Anteil weiter sinken.

Dass die beschriebene Abnahme der Ausländerablehnung mit einer zunehmenden Aufgeschlossenheit für Fremde parallel geht, kann man daran erkennen, dass im Zeitverlauf mehr Menschen als früher dem Satz zustimmen „Ich lebe gern in einer Stadt, in den Menschen aus unterschiedlichen Ländern leben“: im Jahr 2000 waren es 58 %, im Jahr 2014, 69 %. Desgleichen ist zwischen 1998 und 2002 (neuere Daten stehen nicht zur Verfügung) der Anteil derer gestiegen, die meinen, dass die „in Deutschland lebenden Ausländer eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“ seien.

Dass die Einstellungen gegenüber Ausländern positiver geworden sind, ist kein Spezifikum der Dresdner. Ähnliche Entwicklungen haben sich in der gleichen Zeit generell Ost- wie in Westdeutschland ereignet (vgl. u.a. Decker et al. 2015, Winkler 2016: 205, Rainer et al. 2018: 105ff.). Auch die Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderung hat abgenommen (Institut für Demoskopie 2014b).²⁷ Der Rückgang ethnozentrischer Vorbehalte zeigt sich ebenfalls in unseren Düsseldorfer Erhebungen (bei gleicher Operationalisierung wie in Dresden): während 1998 45 % der Befragten allen drei Statements zustimmten, waren es 2014 nur noch 25 %. Und parallel dazu stieg, ähnlich wie in Dresden, der Anteil derer, die keines der Statements bejahten: von 21 % auf 37 %.

Würde man das Statement, man lebe gern in einer Stadt mit Menschen aus verschiedenen Ländern, in die Berechnung miteinbeziehen (Ergebnisse dazu gibt es seit 2000), würde sich an dem Abwärtstrend ethnozentrischer Ressentiments in Dresden nichts ändern, der Anteil der Befragten mit dezidiert negativen Einstellungen gegenüber Ausländern würde in jüngerer Zeit einen noch geringeren Wert einnehmen.²⁸ Von besonderer Bedeutung ist zudem: Bis zum Sommer 2014 war die Frage des Ausländerzuzugs weder allgemein noch in Bezug auf Asylbewerber ein Thema, das die Menschen in Dresden besonders beunruhigte. Dies zeigt sich, wenn man im Rahmen einer offenen Frage²⁹ die wichtigsten Probleme in der Stadt ermittelt. Gerade mal 2 % nannten dar-

aufhin Ausländer als Problem, sei es im Zusammenhang mit Kriminalität, ihrer zahlenmäßigen Präsenz oder in anderen Konstellationen (die Nennung von Ausländerfeindlichkeit als Problem hier ausgeklammert). Weitaus gewichtiger waren aus Sicht der Bürger konkrete städtische Probleme: die Mieten und der Wohnungsmarkt, der Straßenzustand, der Verkehr etc. Die Dresdner äußern sich in dieser Hinsicht nicht viel anders als die Sachsen und die übrigen Bundesbürger. Auch für diese zählten zu dieser Zeit die Themen Ausländer/Integration/Flüchtlinge nicht zu den herausgehobenen Problemen. Dies änderte sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 und beschleunigte sich im Folgejahr (TNS Emnid 2014: 8, 2015: 7; Reuband 2017b: 113).

Bedeutet die abnehmende Tendenz, sich von Ausländern abzugrenzen, womöglich aber nur eine Veränderung des Konnotationsraums? Differenziert sich die Kategorisierung der „Ausländer“ – erfahren muslimisch geprägte ethnische Gruppen eine zunehmende Abwertung, während dies bei den übrigen Ausländern nicht geschieht? Hinweise dafür finden sich nicht. Im Gegenteil: So nimmt ebenfalls der Anteil derer leicht zu, welche die Gruppe der Türken als sympathisch einstufen, und parallel dazu sinkt der Anteil derer, die sie als unsympathisch bewerten. Während 1998 die Negativbewertung gegenüber der Positivbewertung noch leicht überwog (20 % Sympathie, 27 % keine Sympathie), halten sich die Negativ- und Positivurteile in der Erhebung von 2014 die Waage (24 % Sympathie, 23 % keine Sympathie). Die Mehrheit (53 %) antwortete, mit Einschränkungen, in Form eines „teils-teils“. Von einer Verschiebung ausländerfeindlicher Ressentiments auf muslimisch geprägte Ethnien kann nach diesen Befunden im Langzeitvergleich³⁰ nicht die Rede sein, die Trends

²⁷ Auch im Hinblick auf die Asylbewerberzahlen äußern sich die Befragten im Dezember 2014 entspannter als in den 1990er Jahren. Damals waren 37 % der Befragten grundsätzlich bereit, eine Bürgerinitiative gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheims mit ihrer Unterschrift zu unterstützen, eine Umfrage von 2014 weist diesen Anteil nur noch mit 24 % aus (Institut für Demoskopie 2014b).

²⁸ In Dresden würde der Anteil derer, die bei allen vier Statements ethnozentrische Einstellungen äußern („voll und ganz“ oder „eher“ ihnen zustimmen), auf 20 % schrumpfen.

²⁹ „Was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die größten Probleme in Dresden?“

³⁰ Der Vergleich stützt sich auf Erhebungen, die in größerem zeitlichen Abstand durchgeführt wurden. Die zwischenzeitlichen Entwicklungen sind unbekannt. Theoretisch denkbar wäre, dass sich längerfristig ein Aufwärtstrend in der Sympathiezuschreibung ereignet hat, der jedoch (unmittelbar) vor 2014 wieder einem Rückgang gewichen ist. Auf den ersten Blick scheint es, als würde die Leipziger „Mitte“-Studie für die Bundesrepublik zwischen den Jahren 2011 und 2014 einen solchen Trend – zumindest auf der Ebene globaler Muslim-Zuschreibung – belegen (vgl. Decker et al. 2016: 49). Zu vermuten ist jedoch, dass die dort beschriebene Entwicklung primär methodische Ursachen hat: Bis 2011 wurden die Befragungen (der Bielefelder Gruppe), die den ersten Teil der zitierten Zeitreihe bilden, telefonisch durchgeführt. Ab 2014 übernahm die Leipziger Gruppe die Fragen im Rahmen der eigenen „Mitte“-Erhebungen. Diese stützen sich auf face-to-face-Befragungen mit schriftlichem Befragungsteil. Damit wird im Allgemeinen die Offenheit im Interview erhöht und gegenüber der telefonischen Befragung die Wahrscheinlichkeit reduziert, dass sozial erwünschte Antworten gegeben

ähneln einander. Alles zusammen genommen kann man auf der Basis der Aussagen zu „Ausländern“ und „Asylbewerberberbern“ also konstatieren: Die Entstehung von PEGIDA kann nicht auf einen schleichenden Anstieg ausländerkritischer oder -feindlicher Einstellungen in der Dresdner Bevölkerung zurückgeführt werden. Im Gegenteil: PEGIDA entstand in einer Zeit, in der ethnozentrische, negativ gefärbte Einstellungen ein besonders niedriges Niveau erreicht hatten.

5. Dresden im Städtevergleich

Mag es auch keine Zunahme des Ethnozentrismus und der Xenophobie in der Dresdner Bevölkerung vor der PEGIDA-Entstehung gegeben haben, so fragt sich doch, ob es möglicherweise dieser Zunahme gar nicht bedurfte: weil in Dresden ohnehin ausländerfeindliche Einstellungen derart weit verbreitet waren, dass PEGIDA ohne Schwierigkeiten daran anknüpfen konnte. In der Diskussion um lokale Besonderheiten ist immer wieder auf die andersgeartete Entwicklung in anderen Städten hingewiesen und hervorgehoben worden, dass es nirgendwo zu einer vergleichbaren Entwicklung des Protests kam wie in Dresden. In manchen Städten, wie Düsseldorf, gab es zu Beginn der PEGIDA-Proteste zwar auch entsprechende Bemühungen zur Abhaltung ähnlicher Kundgebungen, aber diese verblassten bald. Die Teilnehmerzahlen blieben zu gering und regelmäßige Kundgebungen konnten sich nicht durchsetzen. Desgleichen fanden auch in der sächsischen Nachbarstadt Leipzig die Versuche, PEGIDA lokal zu etablieren („LEGIDA“), nicht die Resonanz, die man von Dresden her gewohnt war.

werden. Ob sich die Einstellungen gegenüber Muslimen zwischen 2011 und 2014 derart stark verschlechtert haben, wie in der Tabelle ausgewiesen, ist daher höchst fraglich. Wie sehr der Methodeneffekt erhebliche Konsequenzen hat, zeigt sich u.a. in einer Zeitreihe der Bielefelder Forschungsgruppe: Hier findet sich ein geradezu abrupter Absturz in der Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen zwischen 2012 und 2014. Es ist die gleiche Zeit, in welcher der Befragungsmodus wechselt: von face-to-face mit schriftlichem Befragungsteil (=Übernahme der Befunde der Leipziger Forschungsgruppe) zu Telefon (=Bielefelder Forschungsgruppe, vgl. Zick und Klein 2014, Tab. auf S. 44). Ein vergleichbar starker Effekt lässt sich der Fortschreibung der Leipziger „Mitte“-Studien in der gleichen Zeit nicht entnehmen (vgl. Decker et al. 2016). Zum Teil dramatische Diskrepanzen lassen sich beim Vergleich auf der Ebene einzelner Statements konstatieren. Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ z.B. stimmten im Jahr 2016 in der (telefonischen) „Mitte“-Studie der Bielefelder Forschungsgruppe 31 % der Bundesbürger „voll und ganz“/„überwiegend“/„teils-teils“ zu (vgl. Zick et al. 2016: Tab. S. 125), in der Leipziger „Mitte“-Studie waren es mit 62 % doppelt (!) so viele (vgl. Decker et al. 2016: Tab. S. 31).

Begründet dies aber eine Sonderstellung Dresdens in Fragen des Ethnozentrismus? Schlägt sich in dem Unterschied zwischen Dresden und Leipzig nieder – wie manche Autoren meinen –, dass Dresden zu DDR-Zeiten im „Tal der Ahnungslosen“ lag, man das Westfernsehen in der Regel nicht empfangen konnte, es daher an Weltläufigkeit fehlte? Und schlägt sich darin womöglich nieder, dass Leipzig zu DDR-Zeiten eine Messemetropole war, wo sich Menschen aus unterschiedlichen Ländern einfanden und die Bevölkerung an „Fremde“ gewöhnt war? Wäre dies der Fall, müsste es beim Vergleich der beiden sächsischen Großstädte Unterschiede im Ethnozentrismus geben. Und sie müssten besonders stark in der Frühphase der Wiedervereinigung sein – eine Zeit, in der die früheren Prägungen noch stärker nachwirkten als heute.

Tabelle 2: Einstellungen zu Ausländern und Asylbewerber im Städtevergleich und Jahren (Zustimmung in %)

| | Zu viele Ausländer | Ausländer Kriminalität | Asylmissbrauch | Gern in Stadt mit Ausländern | Sorge Asylantenzustrom |
|--------------------------|--------------------|------------------------|----------------|------------------------------|------------------------|
| 1996 | | | | | |
| Dresden | 65 | 67 | 65 | - | 43 |
| Leipzig | 69 | 69 | 67 | - | 51 |
| Chemnitz | 70 | 68 | 66 | - | 47 |
| 2002 | | | | | |
| Dresden | 56 | 54 | 54 | - | 34 |
| Düsseldorf ¹⁾ | 57 | 53 | 52 | - | - |
| Hamburg | 59 | 58 | 59 | - | 47 |
| Kiel | 58 | 50 | 52 | - | 35 |
| Stuttgart | 58 | 49 | 53 | - | 37 |
| München | 54 | 50 | 51 | - | 37 |
| 2014 | | | | | |
| Dresden | 45 | 48 | 43 | 69 | 28 |
| Düsseldorf | 46 | 43 | 39 | 83 | - |
| Hamburg ²⁾ | 52 | 51 | 45 | 75 | 34 |

¹⁾ Erhebungsjahre 2000 und 2004 zusammengefasst

²⁾ Erhoben 2011

- nicht erhoben

Frageformulierungen wie Tabelle 1

Basis: Postalische Erhebungen des Verfassers; Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit, 18 Jahre und älter.

Zahl der Befragten – 1996: Dresden: 1.297, Leipzig: 1.204, Chemnitz: 1.259.

– *2002:* Hamburg: 951, Kiel: 944, Stuttgart: 907, München: 949; Düsseldorf: 2.159.

– *2014:* Dresden: 760, Düsseldorf: 1.247, Hamburg: 695.

Für Mitte der 1990er Jahre stehen uns aus repräsentativen Umfragen Befunde für Dresden, Leipzig und Chemnitz zur Verfügung. Sie ergeben – wie man *Tabelle 2* entnehmen kann – keine Hinweise dafür, dass in Dresden zu dieser Zeit Ausländer negativer bewertet wurden als in Leipzig oder Chemnitz. Es trifft eher das Gegenteil zu. So meinten 65 % der Dresdner, es gebe zu viele Ausländer in Deutschland, in Leipzig waren es 69 % und in Chemnitz 70 %. Im Jahr 2002 haben wir die Fragen im Rah-

men eines Städtevergleichs wiederholt – mit dem Unterschied, dass diesmal nicht sächsische Städte, sondern Landeshauptstädte westdeutscher Bundesländer in den Vergleich eingingen: Hamburg, Kiel, Stuttgart und München. Zusätzlich können wir von Düsseldorf Bevölkerungsumfragen Gebrauch machen. Deren Erhebungsjahr ist zwar nicht mit dem der anderen Städte völlig deckungsgleich, man kann jedoch – indem zwei Erhebungen zusammengefasst werden – einen Näherungswert bestimmen.

Wie man der Tabelle entnehmen kann, ergibt sich bei diesem Vergleich einmal mehr kein Hinweis auf einen in Dresden stärker verbreiteten Ethnozentrismus. Dass es zu viele Ausländer gäbe, meinten in Dresden 56 % der Befragten, in Düsseldorf 57 %, in Hamburg, Kiel und Stuttgart zwischen 58 und 59 %. Nur in München wurde der Wert mit 54 % leicht unterschritten. Für die jüngere Zeit, für das Jahr 2014, stehen Vergleichsdaten für Düsseldorf zur Verfügung, für das Jahr 2011 darüber hinaus für Hamburg. Die Sonderstellung Dresdens wird einmal mehr in Frage gestellt. Die Ansicht, es gäbe zu viele Ausländer, wird in nahezu gleichem Umfang in Dresden und Düsseldorf geteilt. Und im Fall der anderen Statements sind die Unterschiede zu Düsseldorf relativ gering: die Dresdner erweisen sich als etwas – aber nicht grundsätzlich – kritischer. Im Vergleich zu den Hamburgern äußern sich die Dresdner gar weniger abwertend.³¹

Lediglich beim Statement, man lebe gern in einer Stadt, in der viele Ausländer leben, treten etwas größere Differenzen hervor und weisen Dresden als eine Stadt aus, in der die Aufgeschlossenheit der Bürger etwas geringer ausgeprägt ist. Der Unterschied ist freilich nicht sehr groß, beläuft sich auf wenige Prozentpunkte – wie beim Vergleich von Dresden und Hamburg ersichtlich –, so dass man ihnen letztlich kein allzu großes Gewicht einräumen sollte. Was man aus den Differenzen allenfalls ableiten kann, ist, dass es in der Emphase der Aufgeschlossenheit für andere Kulturen gewisse Differenzen gibt, nicht aber in der Frage der Negativurteile über Ausländer an sich.

³¹ Bildet man eine Skala aus den drei Statements, kommt man für diejenigen, die drei der Statements „voll und ganz“ oder „eher“ bejahen, in Dresden auf einen Anteil von 29 %, in Düsseldorf von 25 % und Hamburg von 32 %. Der Anteil derer, die keines der Statements bejahen, liegt in Dresden bei 38 %, Düsseldorf bei 40 % und Hamburg bei 33 %.

6. Gruppenspezifische Vergleiche zwischen den Städten

Nun könnte man meinen, dass Vergleiche auf der Ebene der Gesamtbevölkerung die Realität etwas verwischen und die maßgeblichen Unterschiede zwischen den Städten eher auf der Ebene einzelner soziodemographischer Subgruppen liegen. Die Tatsache, dass unter den PEGIDA-Teilnehmern Männer und besser Gebildete im Vergleich zur Bevölkerung überrepräsentiert sind (Geiges et al. 2015, Vorländer et al. 2016, Patzelt und Klose 2016, Reuband 2016a), könnte man als einen Hinweis dafür werten. In der Tat haben mehrere Autoren angesichts der Überrepräsentation der besser Gebildeten und der Mittelschichten die PEGIDA-Proteste als typisches Zeichen für die Verunsicherung der Mittelschicht interpretiert, als Symptom für die Anfälligkeit der Mittelschicht für Rechtspopulismus in Zeiten der Modernisierung und neoliberaler Krisen (vgl. u.a. Kiess 2015: 207, Nachtwey 2015: 85). Sind es also in erster Linie die Männer und die Angehörigen aus den Mittelschichten, die sich von den Bürgern westdeutscher Großstädte unterscheiden?

Tabelle 3: Einstellung zu Ausländern und Asylbewerbern in Dresden, Düsseldorf (2014) und Hamburg (2011) nach sozialen Merkmalen (in %)

| | Zu viele Ausländer | | | Ausländer Kriminalität | | | Asylmissbrauch | | | Gern in Stadt mit Ausländern | | |
|-------------------|--------------------|-----|-----|------------------------|-----|-----|----------------|-----|-----|------------------------------|-----|-----|
| | (1) | (2) | (3) | (1) | (2) | (3) | (1) | (2) | (3) | (1) | (2) | (3) |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | | |
| Mann | 46 | 45 | 51 | 50 | 45 | 54 | 46 | 40 | 47 | 65 | 83 | 79 |
| Frau | 43 | 47 | 53 | 46 | 41 | 49 | 41 | 38 | 44 | 72 | 83 | 72 |
| Alter | | | | | | | | | | | | |
| 18-29 | 38 | 45 | 47 | 34 | 41 | 47 | 36 | 40 | 37 | 73 | 85 | 80 |
| 30-44 | 35 | 36 | 38 | 41 | 30 | 39 | 35 | 27 | 36 | 76 | 88 | 83 |
| 45-59 | 38 | 45 | 50 | 45 | 39 | 45 | 41 | 35 | 41 | 70 | 85 | 75 |
| 60+ | 57 | 54 | 67 | 61 | 55 | 70 | 52 | 49 | 62 | 62 | 77 | 64 |
| Bildung | | | | | | | | | | | | |
| VS | 70 | 67 | 80 | 71 | 55 | 67 | 60 | 60 | 71 | 51 | 69 | 54 |
| RS | 56 | 58 | 67 | 58 | 56 | 58 | 56 | 47 | 60 | 59 | 78 | 68 |
| FHS | 48 | 44 | 42 | 54 | 44 | 47 | 48 | 36 | 29 | 71 | 90 | 88 |
| ABI | 27 | 25 | 30 | 34 | 27 | 40 | 28 | 19 | 28 | 81 | 92 | 86 |

(1) = Dresden 2014, (2) = Düsseldorf 2014, (3) = Hamburg 2011

Frageformulierungen wie Tabelle 1.

Zahl der Befragten: *Geschlecht* (1) 341-408, (2) 523-685, (3) 290-378; *Alter* (1) 135-167-171-266, (2) 161-263-356-407, (3) 119-163-178-201; *Bildung* (1) 89-229-89-318, (2) 313-243-171-428, (3) 146-166-93-252

Untergliedert man die Daten nach den sozialen Merkmalen der Befragten, findet sich kein Beleg für die Annahme. Wie man *Tabelle 3* entnehmen kann, werden die – relativ geringen – Unterschiede zwischen den Städten auf der Ebene der Subgruppen reproduziert, mal etwas stärker, mal etwas weniger stark. Von einer bei Männern oder bei besser Gebil-

deten überproportional ausgeprägten Neigung der Dresdner, ethnozentrische Positionen einzunehmen, kann nicht die Rede sein. Und noch etwas Weiteres kann man erkennen: wenn derartige Positionen vertreten werden, dann überproportional von den schlechter Gebildeten und den Älteren.

Dass dieses Muster ebenfalls für die Dresdner Bevölkerung gilt, zeigt, dass man zwischen den Einstellungen zu Ausländern und der Teilnahme am PEGIDA-Protest unterscheiden muss. Wenn sich bei den Dresdner PEGIDA-Protesten zunächst das Durchschnittsalter nicht bedeutsam von dem der Bevölkerung unterscheidet und die Männer sowie die besser Gebildeten unter den Teilnehmern des PEGIDA-Protest überrepräsentiert waren (vgl. u.a. Vorländer 2016, Patzelt und Klose 2016, Reuband 2016b), bedeutet es nicht zwangsläufig, dass in diesen Gruppen die Ausländerfeindlichkeit überproportional stark ausgeprägt sein muss. Dass Männer eine Mehrheit bei einem Protest repräsentieren, bei dem es um abweichende politische Positionen geht, die gesellschaftlich missbilligt werden, ist ebenfalls bei anderen politischen Kontroversen zu finden (vgl. Reuband 2016b: 170). Und dass die besser Gebildeten unabhängig von ihren jeweiligen Einstellungen generell eher bereit sind zur politischen Partizipation – auch zur Teilnahme an unkonventioneller politischer Partizipation – hat sich in Studien wiederholt gezeigt (vgl. u.a. Barnes, Kaase et al. 1979, Lüdemann 2001).³²

7. Kategoriale ethnische Zugehörigkeiten und deren Bewertung

In der bisherigen Analyse wurde nach der Bewertung von Ausländern im Allgemeinen gefragt, ohne konkreten Bezug zu spezifischen Gruppen. Damit ist es den einzelnen Befragten überlassen, eine Zurechnung vorzunehmen. Inwieweit graduelle oder größere Unterschiede gemacht werden, inwieweit generalisierte Abgrenzungen vorgenommen werden, ist

³² Auffällig beim Vergleich der Altersbeziehungen ist es, dass sie nicht in allen Fällen linear verlaufen. So zeigt sich, dass sich – vor allem unter den Düsseldorfer und Hamburger Befragten – die 18- bis 29-jährigen kritischer über Ausländer äußerten als die 30- bis 44-jährigen. Erst ab den über-45-jährigen gilt, dass steigendes Alter mit negativen Urteilen einhergeht. Bei den Dresdnern weichen die Jüngeren weniger von dem Alterstrend ab. Inwieweit sich in der größeren Reserviertheit gegenüber Ausländern andersgeartete Erfahrungen im Vergleich zur nächstälteren Altersgruppe und/oder Kohorteneffekte niederschlagen, muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben. Eine Funktion der Bildung ist es jedenfalls nicht: Denn die Jüngeren verfügen über eine bessere Bildung als die nachfolgenden Kohorten. Und höhere Bildung, so zeigt sich in allen unseren Analysen, zeichnet sich durch eine überdurchschnittliche Aufgeschlossenheit für Ausländer aus.

eine offene Frage. Wie stellt sich die Situation also dar, wenn man nicht global nach der Bewertung von Ausländern fragt, sondern spezifischer: nach der Bewertung von Personen unterschiedlicher ethnischer Herkunft?³³ Hat das Muster minimaler Unterschiede zwischen den Dresdnern und den Bewohnern anderer Städte dann weiterhin Bestand? Und lässt sich – bei freilich begrenzter Auswahl ethnischer Gruppen – wie zuvor im Langzeitvergleich ein Rückgang des Ethnozentrismus feststellen?

Wir können der Frage anhand des Kriteriums „Sympathie“ im Vergleich der Dresdner und Düsseldorfer Befragten für die Jahre 1998 und 2014 nachgehen. Die ethnischen Gruppen/Völker, die der Sympathiemessung unterzogen wurden, repräsentieren ein heterogenes Spektrum, das sich geographisch wie auch auf der Ebene der Zugehörigkeit zu früheren oder derzeitigen Bündnissen, wie Nato, EU, Ostblock etc., unterscheidet (Engländer, Griechen, Polen, Russen). Ein weiteres Differenzierungsmerkmal besteht darin, ob Angehörige dieser Gruppen in Deutschland ein bedeutsames Kontingent der Bürger mit Migrationshintergrund stellen (Vietnamesen in Ostdeutschland, Türken in Westdeutschland).

Die Bewertungen bedürfen eines ergänzenden Bezugspunkts, der über das Ausmaß der Ab- oder Aufwertung Auskunft gibt. Und dieser ist am sinnvollsten in der Bewertung der Eigengruppe zu suchen. Diese kann auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen erfasst werden. Eine der niedrigsten Abstraktionsebenen ist – von der Stadtebene abgesehen – die Landesebene. Unter den Dresdner Befragten entspräche dies der Identifikation als „Sachse“, unter den Düsseldorfern der Identifikation als „Rheinländer“.³⁴ Die nächst-

³³ Wir verwenden den Begriff der „ethnischen Herkunft“ hier als globalen Begriff zur Herkunftsbezeichnung. Genau genommen ist mit dem Begriff staatliche Zugehörigkeit angesprochen, sie dürfte von den Befragten in der Regel jedoch als ethnische Zuordnung verstanden werden. Ein Pakistaner in England z.B. dürfte in der Regel aus Sicht der Deutschen nicht der Rubrik „typischer Engländer“ zugeordnet werden. Der Gruppenbegriff in der Frageformulierung wurde in der Frageformulierung der Erhebung als neutrale Bezeichnung gewählt, um auch die Kategorien wie Sachsen, Ostdeutsche etc. in die Liste aufnehmen zu können. In der Vorurteilsforschung war es übrigens bis in die 1960er/1970er Jahre hinein üblich gewesen, diese mit konkreten Bezügen – auf der Ebene der Bewertung der einzelnen Völker – zu betreiben. Die globale Erfassung über die Kategorie „Ausländer“ entwickelte sich erst später: in dem Maße, wie sich die Vorurteilsforschung auf die Ausländer im eigenen Land (auf die „Gastarbeiter“) hin verschob.

³⁴ Düsseldorf liegt im Rheinland. Den Begriff Nordrhein-Westfalen als Bezugspunkt der Identifikation und Bewertung zu nehmen, würde heißen, zu sehr ein Gebilde zum Maßstab zu nehmen, das erst nach dem Krieg konstruiert wurde und auf der Ebene der regionalen Zugehörigkeiten im Allgemeinen

höhere Ebene ist, „Ostdeutscher“ oder „Westdeutscher“ zu sein. Sollte dies einen zentralen Maßstab der Beurteilung abgeben, müssten Gruppen innerhalb des eigenen Landesteils – in Ost- bzw. Westdeutschland – eine überproportional positive Bewertung erfahren. In unserer Untersuchung wurde für die Dresdner Befragten als Beispiel dafür die „Mecklenburger“ aufgeführt, für die Düsseldorf die „Bayern“. Schließlich kann man die erfragte Bewertung auch auf eine noch höhere Abstraktionsebene beziehen: auf die Ebene der Kategorisierung als Ost- oder Westdeutscher. Sollte die nationale Identifikation den maßgeblichen, überragenden Maßstab bilden, müssten die Bewertung der Angehörigen des jeweils anderen Landesteils – die Beurteilung der Westdeutschen durch die Ostdeutschen bzw. die Beurteilung der Ostdeutschen durch die Westdeutschen – positiver ausfallen als die Bewertung von Nichtdeutschen.

Im Folgenden beschränken wir uns auf die dezidiert positive Bewertung („sehr sympathisch, sympathisch“). Die übrigen Antwortkategorien beinhalten die Antworten „teils/teils“ (auf welche der größere Teil der Antworten fällt) sowie „unsympathisch, sehr unsympathisch“ (in welche nur ein kleiner Teil der Antworten fällt). Sie klammern wir aus der Übersicht in der Tabelle hier aus. Wie man *Tabelle 4* entnehmen kann, findet sich eine breite Variation in der Zuschreibung von Sympathie. Darüber hinaus gibt es Anzeichen für Veränderungen, in der Regel in Form von Aufwertungen. In Dresden profitieren davon am meisten die Polen und die Vietnamesen, in Düsseldorf die Polen. Inwieweit sich hier durch vermehrte Kontakte ein Zuwachs an Sympathie entwickelt hat oder durch Veränderungen in der globalen Wahrnehmung der jeweiligen Länder oder deren Bürger, ist eine offene Frage.

Die Griechen erfahren in Dresden unter den aufgelisteten Gruppen im Jahr 1998 die höchste Wertschätzung, gefolgt von den Engländern und den Vietnamesen. Im Jahr 2014 haben die Griechen an Sympathie verloren (möglicherweise eine Folge der Griechenlandkrise)³⁵ und die Vietnamesen haben an Sympathie gewonnen. Was die übrigen Gruppen – die

keinen herausgehobenen Stellenwert einnimmt. Rheinländer und Westfalen sehen sich in Habitus und Lebensstil oft eher als Gegensatz statt als ähnlich.

³⁵ Dass Griechen im Gegensatz zu Düsseldorf Sympathieeinbußen erleiden, mag daran liegen, dass sie mit erwarteten ökonomischen Einbußen/Kosten der Griechenlandkrise für Deutschland assoziiert wurden. Dies muss in einer Gesellschaft wie den neuen Bundesländern, die zu DDR-Zeiten ökonomische Deprivation erleiden musste und auch nach der Wende gegenüber Westdeutschland ökonomisch im Rückstand ist, einen umso größeren Effekte auf Bewertung und Erleben ausüben.

Polen, Russen und Türken – betrifft, so weisen diese alle leichte Sympathiezugewinne auf. Von einer Neigung, sich zunehmend von ausländischen Gruppen abzugrenzen, ist nichts zu erkennen.

Tabelle 4: Sympathie für Ost-/Westdeutsche und ethnische Gruppen/Völker in Dresden und Düsseldorf im Zeitverlauf („sehr sympathisch, sympathisch“ in %)

| | Dresden | | Düsseldorf | | |
|-----------------------|---------|------|------------|------|------|
| | 1998 | 2014 | 1998 | 2007 | 2014 |
| Sachsen/Rheinländer* | 85 | 85 | 74 | 85 | 86 |
| Mecklenburger/Bayern* | 62 | 71 | 56 | 57 | 59 |
| West- / Ostdeutsche* | 27 | 43 | 32 | 31 | 40 |
| Italiener | - | - | - | 60 | 60 |
| Japaner | - | - | 55 | 56 | 59 |
| Griechen | 51 | 46 | 50 | 58 | 51 |
| Engländer | 50 | 43 | 38 | 36 | 46 |
| Vietnamesen | 41 | 54 | - | - | - |
| Polen | 21 | 36 | 15 | 24 | 34 |
| Russen | 25 | 27 | 15 | 16 | 19 |
| Türken | 20 | 24 | 24 | 22 | 28 |

- nicht erhoben

* Frage zur Bewertung von Sachsen, Mecklenburgern, Westdeutschen jeweils an Dresdner gerichtet, Frage zu Rheinländern, Bayern, Ostdeutschen an Düsseldorf gerichtet.

Frageformulierungen: „Bitte geben Sie für jede der folgenden Gruppen an, wie sympathisch sie Ihnen im Allgemeinen ist“
Antwortkategorien: „sehr sympathisch – sympathisch – teils/teils – unsympathisch – sehr unsympathisch“ (Hier aufgeführt „sehr sympathisch“, „sympathisch“)

Stellt man den Vergleich der Bewertungen identischer Gruppen mit Düsseldorf an, so kann man – wie schon zuvor – nicht den Schluss einer größeren Ausländerfeindlichkeit der Dresdner ziehen. Die Dresdner stufen die Angehörigen anderer Länder, zumindest in der hier getroffenen Auswahl, nicht negativer ein als die Düsseldorf. Den Russen und den Polen – den ehemaligen Verbündeten im Ostblock – stehen sie etwas positiver gegenüber als die Düsseldorf, bemerkenswerterweise Ende der 1990er Jahre ebenfalls den Engländern. In der Bewertung der Griechen halten sich demgegenüber die Unterschiede zwischen den Dresdnern und Düsseldorfern in Grenzen, die Werte in Düsseldorf von 1998 und 2014 sind praktisch gleich.³⁶ Gegenüber den Türken äußern sich die westdeutschen Befragten nur minimal aufgeschlossener als die Dresdner.

³⁶ Dass sich trotz der Griechenlandkrise, anders als unter den Dresdnern, die Sympathiewerte der Düsseldorf für die Griechen nicht verändert haben, könnte daran liegen, dass weitaus mehr Befragte jemals Urlaub in Griechenland gemacht haben und/oder häufiger Griechen kennengelernt haben und sie sich daher weniger von zeitspezifischen Ereignissen in der Bewertung beeinflussen lassen. Ihr Griechenlandbild ist, so vermuten wir, deshalb stabiler. Der gleiche Grund mag auch im Fall der Bewertung der Engländer eine Rolle gespielt haben.

Weitaus bemerkenswerter ist es, wie die Westdeutschen aus ostdeutscher Sicht und die Ostdeutschen aus westdeutscher Sicht einander wahrnehmen. Die Sympathie, die sie für den jeweils anderen Landesteil aufbringen, ist deutlich niedriger als die Sympathie für den Großteil der ausländischen Gruppen. Für die Westdeutschen haben 1998 gerade mal 27 % der Dresdner „sehr starke“ oder „starke“ Sympathie – im Kontrast etwa zur Sympathie für Griechen, Engländer oder Vietnamesen, bei denen die Sympathiewerte fast doppelt so hoch liegen. Noch mehr Sympathie wird allenfalls den Mecklenburgern gewährt, übertrifft von der Eigengruppe, den Sachsen.

Das Muster der Abgrenzung, das sich darbietet, wird unter den Düsseldorfer Befragten reproduziert. Auch hier gilt, dass den Bürgern im anderen Landesteil – den Ostdeutschen – weitaus weniger Sympathie entgegengebracht wird als vielen ausländischen Gruppen wie den Italienern, Griechen und Japanern. Und auch hier gilt, dass den Angehörigen anderer westdeutscher Bundesländer (den Bayern) in überproportional hohem Maße Sympathie gezollt wird und die Eigengruppe (die Rheinländer) die höchste Sympathie auf sich vereint. Die hohe Bewertung von Einwohnern anderer Bundesländer schließt freilich nicht aus, dass selbst manchen ausländischen Gruppen (wie den Italienern) eine noch höhere Wertschätzung gewährt wird als den Angehörigen anderer Bundesländer (wie den Bayern). Inwieweit Urlaubserfahrungen und Gaststättenbesuche die Bilder, die in den Köpfen über andere Nationen und deren Vertretern im eigenen Land bestehen, überlagern, ins Positive oder Negative verschieben, muss hier ungeklärt bleiben.

Entscheidend an dieser Stelle ist: Das nationale Band ist nicht derart stark, als dass „Deutsch sein“ bereits ausreicht, um eine positive Bewertung hervorzurufen. Die gefühlte Gemeinsamkeit – gemessen an der Sympathie – ist oft größer mit Angehörigen anderer Länder als den Angehörigen des eigenen Landes. Daran gemessen kann man von einem überzogenen Nationalbewusstsein, das mit einer generellen Ausgrenzung von Ausländern einhergeht, weder in Dresden noch Düsseldorf sprechen. Das Konfliktpotential, so legen es die Daten nahe, liegt zu dieser Zeit eher zwischen den Ost- und den Westdeutschen. Die Sympathie, die sie füreinander aufbringen, hält sich in Grenzen und liegt auf niedrigem Niveau. Und noch etwas Weiteres ist erwähnenswert: Die Dresdner und die Düsseldorfer unterscheiden sich dem Grad der Eigenidentifikation nach nicht. Rund 85 % empfinden die Einwohner ihres regionalen Referenzrahmens (Sachsen, Rheinland) als „sehr sympathisch“ oder „sym-

pathisch“. Von einer überproportionalen (Über-)Identifikation, die den Sachsen oft unterstellt wird, lässt sich unter den Dresdner Befragten nichts erkennen.

8. Politikverdrossenheit und „Law and Order“-Orientierungen als Ursache städtenspezifischer Unterschiede?

Nun ist es denkbar, dass längerfristige Erosionsprozesse in der Gesellschaft sich nicht nur in einer Zunahme ethnozentrischer Ressentiments widerspiegeln, sondern auch in politischer Entfremdung und in Gefühlen sozialer Deprivation. Dass politische Unzufriedenheit einen Einfluss auf den PEGIDA-Protest in dessen Hochphase ausübte, daran lassen die verfügbaren Untersuchungen von PEGIDA-Teilnehmern aus dieser Zeit keinen Zweifel (vgl. Geiges 2015, Vorländer et al. 2016, Donsbach 2015a, b).³⁷ Die Frage ist nur, in welchem Ausmaß dieser Einflussfaktor den Protest mitbestimmte. Und es stellt sich die Frage – analog wie im Fall des Ethnozentrismus –, wie sehr sich diese durch eine längerfristige Entwicklung in der Zeit vor PEGIDA bereits abzeichnete und wie sehr sich Dresdens Position in dieser Hinsicht im Städtevergleich darstellt.

Ob es im Bereich politischer Einstellungen – wie in Fragen der Politikverdrossenheit – Unterschiede zwischen Dresden und anderen Städten gab, kann aufgrund unserer Daten für die jüngere Zeit unseres Beobachtungszeitraums nur begrenzt geklärt werden. Es stehen dazu lediglich Befunde aus unseren Umfragen von 2002 zur Verfügung. Danach sind die Dresdner nahezu genauso selten wie die Westdeutschen der Ansicht, dass sich die Politiker darum „kümmern, was Leute wie ich denken“. Der Anteil, der diese Meinung vertritt, liegt in Dresden bei 11 %, in den westdeutschen Städten zwischen 13 % (München) und 16 % (Stuttgart).³⁸ Das Vertrauen

³⁷ Ein Nachteil der Studien zu PEGIDA in der Hochphase der Mobilisierung im Januar 2015 ist der Mangel an Vergleichbarkeit mit Bevölkerungsdaten. Zumindest in der Umfrage des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (vgl. Daphi et al. 2015) wurden in größerem Umfang Frageformulierungen aus bundesweiten Erhebungen übernommen. Ein systematischer Vergleich auf dieser Basis findet sich bei Kocyba (2020). Allerdings stützt sich hier die Befragung der PEGIDA-Teilnehmer auf eine Online-Befragung, was die Aussagekraft der Daten einschränkt (vgl. dazu Reuband 2015b). Spätere Untersuchungen, die sich auf face-to-face- oder postalische Befragungen gründen (Patzelt und Klose 2016; Reuband 2017b), enthalten im Vergleich zu den frühen Studien eher Fragen, die direkte Vergleiche mit Bevölkerungsumfragen erlauben.

³⁸ Die Statements beinhalten die gleichen vier Antwortkategorien wie die zuvor genannten Statements zu Ausländern. Die Prozentwerte umfassen mithin die Kategorien „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“.

darauf, dass man sich auf „unseren Staat, wenn notwendig, verlassen kann“ ist im Vergleich dazu größer. Der entsprechende Wert liegt in Dresden bei 39 %, in den westdeutschen Städten zwischen 48 % und 57 %. Dass sich die Dresdner in dieser Frage pessimistischer äußern als die Westdeutschen, dürfte freilich weniger Folge Dresdner Eigenarten als vielmehr ostdeutscher Befindlichkeiten sein (zu letzteren vgl. Holtmann et al. 2015). Hinweise auf eine überproportionale Tendenz, rechtsextreme Parteien zu präferieren, finden sich zu dieser Zeit im Städtevergleich nicht, egal ob man das erfragte zukünftige Wahlverhalten bei Bundestags- oder Landtagswahlen zugrunde legt.³⁹

Keine bedeutsamen Differenzen ergeben sich, wenn man das politische Interesse zum Maßstab des Vergleichs wählt. Die Dresdner, die von sich sagen, sie seien „sehr stark“ oder „stark“ an Politik interessiert, weisen kein atypisches Muster auf. Im Vergleich zu Stuttgart oder Hamburg haben sie in der Erhebung von 2002 annähernd vergleichbare Werte, gegenüber Kiel etwas höhere und gegenüber München etwas niedrigere.⁴⁰ Im Langzeitverlauf ist in Dresden das politische Interesse gestiegen. Während der Wert in den Jahren zwischen 1996 und 2000 zwischen 35 % und 39 % liegt, beläuft es sich im Jahr 2002 auf 47 % und im Jahr 2014 auf 49 %. Daraus folgt, dass ein längerfristiger Rückzug aus der Politik – etwa aufgrund gestiegener politischer Unzufriedenheit – höchst unwahrscheinlich ist. Eher trifft das Gegenteil zu. Ob dies die Bereitschaft zur politischen Partizipation begünstigt hat oder nicht, ist allerdings eine offene Frage.⁴¹ Ein atypisches, überproportional hohes Interesse auf Seiten der Dresdner im Vergleich zu den Bürgern anderer deutscher Städte gibt es jedenfalls nicht. Und ebenfalls ist davon nichts zu erkennen, wenn man den Langzeitverlauf in den Blick

nimmt. Gemessen an Düsseldorf hat Dresden den leichten Rückstand, den es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren innehatte, im Lauf der Zeit aufgeholt. Die Werte des Jahres 2014 für „sehr starkes“/„starkes“ Interesse sind in Dresden und Düsseldorf de facto gleich.⁴²

Und wie verhält es sich mit Fragen von „Law and Order“: Themen, die als ein bedeutender Bestandteil rechtspopulistischer Einstellungen anzusehen sind (vgl. Küpper et al. 2015: 27) und auch bei den PEGIDA-Teilnehmern ein relativ hohes Gewicht einnehmen (Institut für Demokratieforschung 2016: 29)? Fragen von „Law and Order“ spielen auf den Kundgebungen in der öffentlichen PEGIDA-Rhetorik zwar keine besonders herausgehobene Rolle, allenfalls in Kombination mit der Thematisierung von Ausländerkriminalität. Aber sie könnten doch die Teilnehmer unterschwellig in ihrer Protestbereitschaft beeinflussen: So etwa, wenn bei ihnen das Bild eines Staates überwiegt, der generell zu nachlässig mit Bedrohungen und sozialer Abweichung umgeht und die Bürger zu wenig davor schützt.

Dass man „Straftäter härter bestrafen soll als es bisher der Fall ist“, meinten in der Dresdner Bevölkerung im Jahr 2014 79 %, in der Hamburger Bevölkerung im Jahr 2011 ebenfalls 79 %. Dass um Kriminalität zu verhindern, „wir in Deutschland härtere Strafen“ brauchen, bekundeten in Dresden 2014 72 %, in Düsseldorf 71 %.⁴³ Und dass sie grundsätzlich für die Todesstrafe seien („Sind Sie grundsätzlich für oder gegen die Todesstrafe?“), äußerten 2014 in Dresden 17 %, in Düsseldorf 13 %. Im Langzeitverlauf, so zeigt sich, hat die Befürwortung der Todesstrafe in Dresden (ebenso wie in Deutschland insgesamt)⁴⁴ abgenommen: 1995 lag die Zustimmungss-

³⁹ Hinsichtlich der Frage, welche Partei sie wählen, wenn Bundestagswahl wäre (getrennt nach Erst- und Zweitstimme), bekundeten die Dresdner fast so häufig wie die Münchner eine Präferenz für die CDU (bzw. CDU/CSU). Eine überproportionale Neigung zur Wahl einer rechtsextremen Partei (NPD, DVU oder Republikaner) ergab sich nicht. Keine erhöhte Neigung zur Wahl rechtsextremer Partei ergaben auch die Fragen zur Wahlentscheidung im Fall einer zukünftigen Landtagswahl.

⁴⁰ Die Unterschiede sind statistisch signifikant. Die entsprechenden Werte sind in Dresden 47 %, Hamburg 45 %, Stuttgart 48 %, Kiel 41 %, München 55 %.

⁴¹ In der Vergangenheit ist vermutet worden, dass sich die PEGIDA-Teilnehmer überproportional aus ehemaligen Nichtwählern rekrutierten. Diese Annahme ist jedoch bei näherer Prüfung fraglich. Die Befunde deuten eher auf das Gegenteil hin (Reuband 2015b: 140, 2016a: 64). Im Übrigen lässt sich auch bei den AfD-Anhängern eher ein hohes als ein niedriges politisches Interesse feststellen (vgl. Pokorny 2020: 24).

⁴² In Düsseldorf lag der Wert bei 47 %, im Jahr 2014 bei 46 % und ähnelt damit dem Dresdner Wert. Einen Anstieg hat es – im Gegensatz zu Dresden – im zeitlichen Verlauf nicht gegeben.

⁴³ Die Forderung nach härteren Strafen findet sich im Übrigen nicht nur in der Bundesrepublik als weit verbreiteter Topos, er findet sich ebenso in Ländern wie USA oder Großbritannien. Ob diejenigen, die dieser Meinung sind, im Einzelfall strenger urteilen würden als es der Justizpraxis entspricht, ist allerdings eine offene Frage. Mehrere britische Untersuchungen sehen hier mehr Übereinstimmung als Unterschiede und legen Fehlperzeptionen auf Seiten der Befragten nahe. Von einem „aggressiven“ Law-and-Order-„Autoritarismus“ zu sprechen und diesen aufgrund der Verteilung (der Zuspruch ist besonders hoch) de facto zu einem Hauptindikator für Rechtspopulismus in der verwendeten Skala zu machen (wie bei Küpper et al. 2015), erscheint daher, ohne nähere Analyse tatsächlicher Sanktionsvorstellungen der Befragten, überzogen.

⁴⁴ Dies gilt auch für unsere Düsseldorfer Erhebungen, denen zufolge die Zustimmungssquote 1997 bei 30 % lag, 1998 bei 32 %, im Jahr 2000 nur noch bei 19 % und im Jahr 2014 bei 13 %.

rate bei 36 %, stieg in den Folgejahren (1996-98) vorübergehend auf Werte zwischen 41 % und 48 % an, schlug dann jedoch einen Abwärtstrend ein (2000: 37 %, 2002: 33 %, 2014: 17 %). Alles in allem, so das Fazit, kann man von einem Anstieg von „Law and Order“-Orientierungen nicht sprechen, und ebenso wenig von einer Sonderstellung Dresdens im Vergleich zu anderen Städten.

Und wie verhält es sich mit der (ideellen) Unterstützung von PEGIDA als Bewegung in Dresden? Umfragen unterschiedlicher Erhebungsinstitute aus der Zeit kurz nach Entstehung der PEGIDA-Bewegung erbrachten keine überproportionale Affinität der Dresdner zu PEGIDA: Erhebungen in anderen Städten, für die kein vergleichbarer PEGIDA-Protest zu verzeichnen war – wie z.B. Hamburg – wiesen zu dieser Zeit ähnliche Werte auf (vgl. Reuband 2015b: 137f.). Alles in allem sprechen damit die empirischen Indizien trotz andersgearteten äußeren Anscheins für eine „Normalität“ Dresdens. Dass sich das Bild in späterer Zeit maßgeblich verändert hat, ist unwahrscheinlich. Der Anteil derer, die sich in der Dresdner Bevölkerung für PEGIDA aufgeschlossen zeigen, hat sich auch in späterer Zeit in Grenzen gehalten (vgl. Fehser 2015, Schielicke 2021).

9. Soziale Desintegration und relative Deprivation

Mag auch der Ethnozentrismus im Lauf der Zeit nicht zugenommen haben und womöglich auch nicht die politische Entfremdung, so fragt sich doch, welche Veränderungen sonstiger Art stattgefunden haben, die Voraussetzungen für die Genese fremdenfeindlichen Protests geschaffen haben könnten, gewissermaßen als „Tiefenströmung“ (Koppetsch 2019b), die sich bei entsprechendem Anlass in Einstellungen und Handeln umsetzt. Eine zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zu, ebenso Abwertungsgefühlen und anomischem Erleben (vgl. u.a. Hertel und Esche 2016, Droste 2016). Je negativer die Erfahrungen sind, desto größer im Allgemeinen die Unzufriedenheit und desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich zu einer Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen entwickelt. Die Chance, dass daraus rechtspopulistische Tendenzen erwachsen, die sich auch in ethnozentrische Einstellungen niederschlagen, ist damit gegeben.

Die These, dass sich Statusangst in den letzten Jahren vermehrt in der Bevölkerung verbreitet hat und der Rechtspopulismus als eine Folge dessen anzusehen sei, ist in der Literatur weit verbreitet und wird nicht selten wie eine empirisch gesicherte Tatsache behan-

delt (vgl. u.a. Nachtwey 2016). Die These ist jedoch nicht unproblematisch, denn die empirische Evidenz ist sowohl für Ost- als auch Westdeutschland höchst fraglich. Statt zunehmender Statusangst ist für die jüngere Zeit eher eine rückläufige Statusangst kennzeichnend (vgl. Lengsfeld 2019, Delhey und Steckermeier 2019). Gleichwohl wäre es denkbar, dass sich in Dresden entsprechende Entwicklungen vollzogen haben. Denn auch wenn Dresden wirtschaftlich gut dasteht, könnte es doch sein, dass zunehmend mehr Menschen eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung und der eigenen Lage wahrnehmen. Zwar neigen Menschen – und so auch die Dresdner – dazu, die eigenen Erwartungen an veränderte Realitäten anzupassen und die erwartete Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse an Westdeutschland immer mehr in die Zukunft zu verschieben (Reuband 2009). Doch auf Dauer könnte daraus eine größere Unzufriedenheit resultieren: wenn sich mehr und mehr herausstellt, dass diese Vorstellungen unrealistisch sind.

Tabelle 5: Lebensbedingungen, soziale Deprivationsgefühle und Anomie in Dresden im Zeitverlauf (in %)

| | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 2000 | 2002 | 2014 |
|---|------|------|------|------|------|------|------|
| Wirtschaftliche Lage „sehr gut/ gut“ | 51 | 50 | 47 | 53 | 52 | 48 | 61 |
| Zukünftige wirtschaftliche Lage „gleich/ besser“ | - | 82 | 70 | 80 | 79 | - | 89 |
| Abwertung Ostdeutsche | - | - | 69 | 66 | 65 | - | 50 |
| Ostdeutsche Leistungen nicht gewürdigt | - | - | 76 | - | - | - | 56 |
| Angesichts der Zukunft keine Kinder zu verantworten | 41 | 49 | 48 | 43 | - | 44 | 21 |
| Auf alles gefasst sein | - | 71 | 67* | 60 | - | 67 | 40 |
| Leben zu kompliziert, nicht zurechtfinden | 19 | 25 | 27 | 20 | - | 24 | 16 |
| Fremdheitsgefühle durch Wandel | 35 | 40 | 36 | - | - | - | 13 |
| Lebenszufriedenheit „sehr zufrieden/ zufrieden“ | 53 | - | 52 | 57 | 63 | - | 74 |

- nicht erhoben

Frageformulierungen: „Wie beurteilen Sie Ihre eigene gegenwärtige wirtschaftliche Lage? Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?“

Antwortkategorien: Sehr gut – gut – teils-teils – schlecht – sehr schlecht.

„Bitte geben Sie für jede der Aussagen an, wie sehr Sie ihr zustimmen: Für die meisten Westdeutschen sind die Ostdeutschen Bürger zweiter Klasse – Die meisten Westdeutschen tun so, als hätten die Bürger in der DDR nie irgendetwas Wesentliches geleistet – So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen – In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss – Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich nicht mehr zurechtfinde – Es haben sich nach der Wieder-

vereinigung so viele Dinge geändert, dass ich mich oft fremd fühle. *Antwortkategorien jeweils:* Stimme voll und ganz zu – Stimme eher zu – Stimme eher nicht zu – Stimme überhaupt nicht zu [Hier jeweils Zustimmung].

„Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit sich und dem Leben, das Sie führen? *Antwortkategorien:* Sehr zufrieden – Zufrieden – teils zufrieden, teils unzufrieden – Unzufrieden – Überhaupt nicht zufrieden“.

Basis: Postalische Erhebungen des Verfassers; Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit, 18 Jahre und älter. Zahl der Befragten wie in Tabelle 1

**Panel*, basierend auf Befragten aus Erhebung von 1995 (=25 % der Befragten) und von 1996 (=75 % der Befragten)

Hinweise dafür, dass die eigene wirtschaftliche Lage im zeitlichen Verlauf schlechter eingeschätzt wird, gibt es im Fall Dresdens jedoch nicht. Im Gegenteil: die Werte für die aktuelle und zukünftige Lage sind 2014 positiver als jemals zuvor (*Tabelle 5*). Ebenso wenig gibt es Hinweise dafür, dass wahrgenommene Deklassierungserfahrungen – die Abwertung als Ostdeutscher – zugenommen haben. Derartige Erfahrungen oder Wahrnehmungen können rechtspopulistische Tendenzen auf Seiten der Ostdeutschen begünstigen. Aber auch hier gilt: die Werte sind rückläufig und liegen 2014 niedriger als jemals zuvor. Fremdheitsgefühle und anomisches Erleben weisen in der jüngsten Erhebung ebenfalls durchgängig niedrigere Werte auf als in früheren Jahren. Und im Hinblick auf die Lebenszufriedenheit ist unverkennbar, dass diese heutzutage größer ist als in den 1990er Jahren. Alles in allem kann man also von einer positiveren Bilanzierung als noch in den Jahrzehnten zuvor sprechen. Die Vermutung, zunehmende soziale Deprivationserfahrungen könnten Ausländerfeindlichkeit und/oder die Entstehung von fremdenfeindlichem Protest (auch bei sinkender Ausländerfeindlichkeit: aufgrund vermehrter Frustrationen) mit verursacht haben, findet in den Daten keinen Rückhalt.

Und wie verhält es sich mit der in der Literatur oftmals unterstellten „Selbstverliebtheit“ der Dresdner? Gibt es in Dresden – wie mitunter vermutet (vgl. u.a. Vorländer 2016: 24) – eine atypisch starke lokale Selbstbezogenheit, eine Überidentifikation mit der Stadt Dresden, die mit einer Abgrenzung einhergeht und ausländerfeindliche Orientierungen begünstigt? Der nähere Blick auf die empirische Datenlage zeigt: Die Dresdner haben in der Tat eine besonders starke emotionale Bindung an ihre Stadt – stärker zumindest als dies in vielen anderen (aber nicht allen) deutschen Städten der Fall ist. Des Weiteren gilt, dass die Bindung seit den 1990er Jahren zugenommen hat.⁴⁵ Aber es gibt keinen Beleg dafür, dass dies

⁴⁵ Auf die Frage, wie gern sie in Dresden leben, gaben 1997 61 % der einheimischen Dresdner an, dort „sehr gern“ zu le-

einen Einfluss auf Fremdenfeindlichkeit nimmt. Mag auch die Identifikation mit der lokalen Eigengruppe besonders groß sein – mit einer Abwertung von Ausländern und anderen ethnischen Gruppen geht sie nicht einher. Sie geht auch nicht einher mit der Sorge, dass immer mehr Asylbewerber nach Dresden kommen. Eine Anfälligkeit für PEGIDA kann aus der überproportionalen Identifikation mit der eigenen Stadt nicht abgeleitet werden.⁴⁶

Und wie verhält es sich mit der Eigengruppenidentifikation auf der regionalen Ebene? Identifizieren sich die Dresdner stärker mit ihrer regionalen Zugehörigkeit – mit Sachsen – als die Düsseldorfer dies mit dem Rheinland tun, und erwächst daraus eine größere Distanz zu Ausländern? Die Ergebnisse sind von Widersprüchen nicht frei. So empfinden die Dresdner (wie zuvor beschrieben) für die Sachsen genauso viel Sympathie wie die Düsseldorfer für die Rheinländer. Doch die Folgen scheinen anders: Wer sich hier mit der Eigengruppe besonders stark identifiziert – sie als besonders sympathisch einstuft –, der meint in Dresden häufiger, es gebe zu viele Ausländer. Auch die anderen ausländerkritischen Aussagen finden mehr Gehör.

Andererseits lässt sich kein analoger Zusammenhang zwischen der Bewertung der Eigengruppe und der Bewertung ausländischer Gruppen feststellen. Im Gegenteil: Je höher die Sympathie für die Eigengruppe, desto höher tendenziell auch die Sympathie für die anderen (und sei es in Form von „teils-teils“ statt negativ). Bei den Dresdnern ergibt sich ein schwach positiver Zusammenhang in Bezug auf die Vietnamesen ($r=.14$, $p<0,01$) und die Engländer ($r=.08$, $p<0,05$), während im Fall der Russen, Griechen und Türken kein Zusammenhang erkennbar ist. Bei den Düsseldorfern gibt es in Bezug auf alle Gruppen einen positiven Zusammenhang zwischen

ben, 2014 waren es 75 %. Noch viel stärker nahm diese Einschätzung unter denen zu, die aus Westdeutschland zugezogen waren: von 21 % auf 62 % – was ein Zeichen dafür ist, dass sich in der veränderten Einschätzung in maßgeblicher Weise Veränderungen in der Lebensqualität der Stadt widerspiegeln und es sich nicht um irgendwie geartete Eigenheiten Dresdner Mentalitäten handelt. Fühlen sich die Dresdner auch stärker mit ihrer Stadt verbunden als die Einwohner anderer Städte – einzigartig sind sie in dieser Hinsicht nicht. Wie unsere Umfrage von 2002 dokumentiert, fühlen sich die Hamburger und Münchner ähnlich stark mit ihrer Stadt verbunden.

⁴⁶ Korreliert man die Einstellung zu Ausländern – auf der Basis der genannten drei Indikatoren – oder die Einstellung zu Türken mit den Antworten auf die Frage „Wie gern leben Sie in Dresden“ bzw. „Wie eng sind Sie mit Dresden verbunden“, ergibt sich kein Zusammenhang. Dies gilt auch dann, wenn man die sozialen Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung als Kontrollvariablen in einer multivariaten Analyse eingibt.

$r=.09$ ($p<0,01$) im Fall der Russen und $r=.27$ ($p<0,01$) im Fall der Japaner.

Die Tatsache, dass nahezu alle Korrelationen positiv sind, macht deutlich, dass manche Befragten in einer eher aufgeschlossenen Weise andere Personengruppen beurteilen. Das zeigt sich u.a. auch daran, dass die Befragten, die dem Statement zustimmen „Den meisten Menschen kann man vertrauen“, durchgängig höhere Korrelationen zwischen der Eigenbewertung und der Bewertung anderer Gruppen aufweisen als diejenigen, die dem Satz nicht zustimmen. Wer anderen vertraut, weist einen höheren Vertrauens- und Sympathievorschuss auf als derjenige, der misstraut.

10. Islamische „Bedrohung“ als Katalysator des Protests?

Die Entstehungsbedingungen für die Herausbildung des PEGIDA-Protests sind nach unseren Analysen weder aus einer überproportional hohen und/oder gestiegenen Ausländerfeindlichkeit her ableitbar, von zunehmenden „Law and Order“-Orientierungen, wachsender wirtschaftlicher oder sozialer Deprivation, steigendem Frustrationserleben oder einer allzu großen Selbstverliebtheit der Dresdner. Die Tatsache, dass sich PEGIDA zunächst primär als anti-islamische Bewegung deklarierte und unter diesem Etikett auch mobilisierte (PEGIDA= „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“), verweist auf eine themenspezifische Konstellation als Ausgangspunkt, auch wenn auf Seiten der Teilnehmer eine Gemengelage unterschiedlicher Motive und Orientierungen eine Rolle gespielt haben dürfte.

Wie aber, so stellt sich die Frage, ist eine solche auf den Islam ausgerichtete Thematisierung und Mobilisierung unter den gegebenen Zeitumständen denkbar? Dass sich die ethnozentrischen Orientierungen ausdifferenziert und verstärkt auf Muslime ausgerichtet haben – der Rückgang ethnozentrischer Resentiments also lediglich einen internen Strukturwandel verdeckt –, ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich. Denn die Bewertung der Türken innerhalb der Gruppe der Völker/Gruppen, denen man Sympathie oder Abneigung entgegenbringt, hat sich in unserem Beobachtungszeitraum nicht verschlechtert, sondern im Gegenteil leicht verbessert.

Wir vermuten, dass zeitspezifische Ereignisse dem Thema der PEGIDA-Demonstrationen, der Bedrohung durch den Islam, einen erhöhten Stellenwert gaben und so in der Bevölkerung ein Klima schufen, das eine Mobilisierung möglich machte. Und wir

vermuten, dass für die Etablierung des Protests mitentscheidend war, dass es Personen gab, die an diesem Thema anknüpften⁴⁷ und die Initiative zur Organisation des Protests ergriffen. Soziale Bewegungen, so ist aus der sozialen Bewegungsforschung bekannt, können aus den vermeintlichen oder realen Gründen des Protests nur bedingt abgeleitet werden. Sie erwachsen nicht naturnotwendig aus ihnen. Es bedarf einer Deutung, Fokussierung, Organisation und Mobilisierung des Protests, unter Rückgriff auf verfügbare Ressourcen (vgl. u.a. McCarthy und Zald 1977, Koopmans 2007)

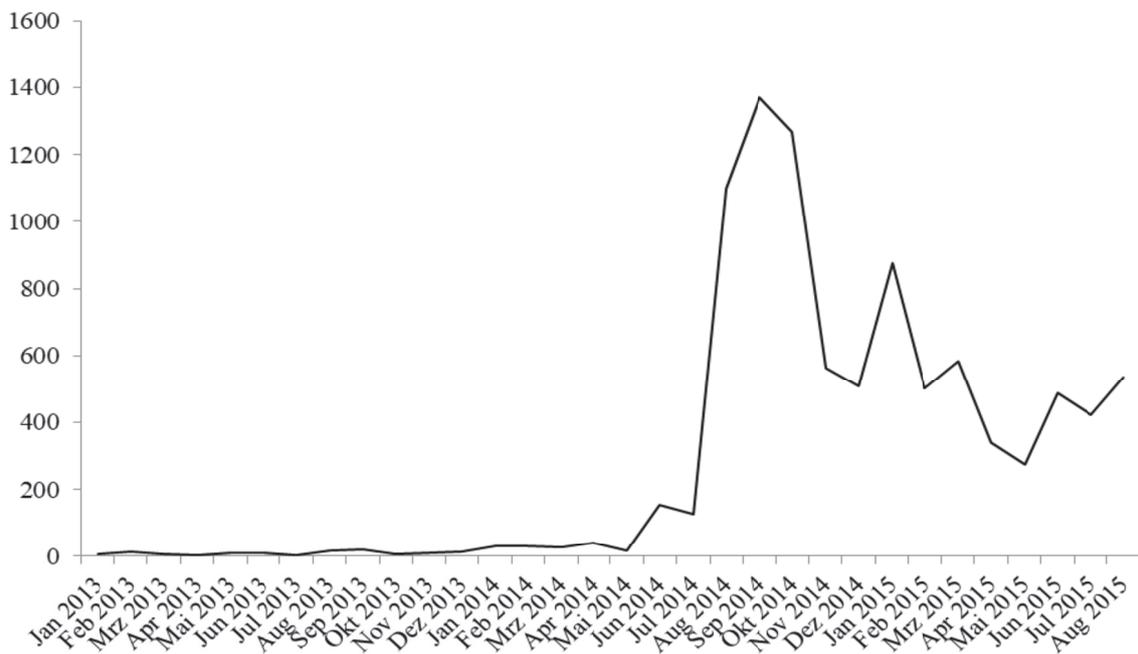
Kennzeichnend für die Zeit der PEGIDA-Entstehung war, dass der Islamische Staat in Syrien seinen Siegeszug antrat und die Bedrohung durch islamischen Terrorismus – auch rückkehrende Syrien-Kämpfer betreffend – in die politische und öffentliche Agenda in Deutschland Einzug hielt. Dass man mit Terroranschlägen rechnen müsste, wurde von Politikern wiederholt beschworen. Und Ereignisse im In- und Ausland trugen zu diesem Bild der Bedrohung maßgeblich bei. Dass sie das Vorgehen der Terrororganisation IS beunruhigte, meinten im Dezember 2014 77 % der Deutschen, unter den politisch Interessierten gar 84 % (Institut für Demoskopie 2014b).

Die Tatsache, dass bereits vor der Ausbreitung des Islamischen Staates der Islam zum Teil mit Negativattributen verknüpft war – sei es im Kontext der Berichterstattung über Terrorismus (u.a. Expansion von Al-Qaida im Nahen Osten, Anschläge in Frankreich und Deutschland), Ehrenmorde, Parallelgesellschaften, andere Wertvorstellungen von Muslimen etc. – dürfte die Neigung, den Islam als Bedrohung wahrzunehmen, zusätzlich gesteigert haben. In der Zwischenzeit war zudem die Zahl der Asylanträge gestiegen, überproportional häufig von Flüchtlingen aus Syrien (wenngleich sie nach wie vor zu dieser Zeit nur eine Minderheit darstellten).⁴⁸

⁴⁷ Der ursprüngliche Anlass der Organisatoren des Protests war der Eigenbeschreibung zufolge ein anderer als der Islam per se oder der IS in Syrien: nämlich Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen muslimischer Gruppen in Deutschland (vgl. Vorländer 2015:6). Zu den Themen, die Gegenstand der Kundgebungen und der Reden waren, und dem Stellenwert des Islam-Themas vgl. u.a. Vorländer et al. (2015: 31f.), Curle et al. (2016), Del Giudice et al. (2020).

⁴⁸ Die Asylanträge beliefen sich im Jahr 2013 auf 127.023 Personen, im Jahr 2014 auf 202.834. Die Zahl der Syrer belief sich 2013 auf 12.863 Personen, 2014 auf 41.100 (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2015). Dass in der eigenen Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht worden seien, berichteten im Dezember 2014 59 % der Bundesbürger (Institut für Demoskopie 2014b).

Abbildung 1: Berichterstattung deutscher Zeitungen zum Thema Islamischer Staat und Deutschland im Zeitverlauf (absolute Zahlen)



Basis: Kleinere und größere Artikel, ungeachtet der Zahl der Worte

Quelle: LEXIS-NEXIS, Suchbegriff „Islamischer Staat“ in Kombination mit „Deutschland“, ohne „PEGIDA“. In Text, Überschriften oder Einleitung in Print-Ausgaben (79 Zeitungen). Doppelte Fälle (Ähnlichkeit) wurden ausgeschlossen. Eigene Auswertung.

Nimmt man die Zahl der längeren Artikel in bundesdeutschen Zeitungen zum Thema Islamischer Staat als Maßstab (auf der Basis von Lexis Nexis für 76 Zeitungen, Berichte mit 500 und mehr Wörtern), so wird deutlich, wie plötzlich und wie massiv das Thema der islamistischen Bedrohung im Herbst 2014 Eingang in die Berichterstattung fand: Nach einem ersten Höhepunkt im Juni stieg die Zahl der Berichte in den Monaten August bis Oktober sprunghaft an (Abbildung 1). Der Islamische Staat mit seinen Eroberungen und seinen Gewalttaten war zu einem Thema geworden. Und von einer Bedrohung durch einheimische Terroristen, die aus Syrien zurückkehren, war auch in den öffentlichen Verlautbarungen der Politiker immer häufiger die Rede.

Damit gewann zugleich auch das vom Islam ausgehende Bedrohungspotential in der Öffentlichkeit an Dynamik.⁴⁹ Und genau in diese Zeit steigender Bedrohungsszenarien fällt auch die Formationsphase

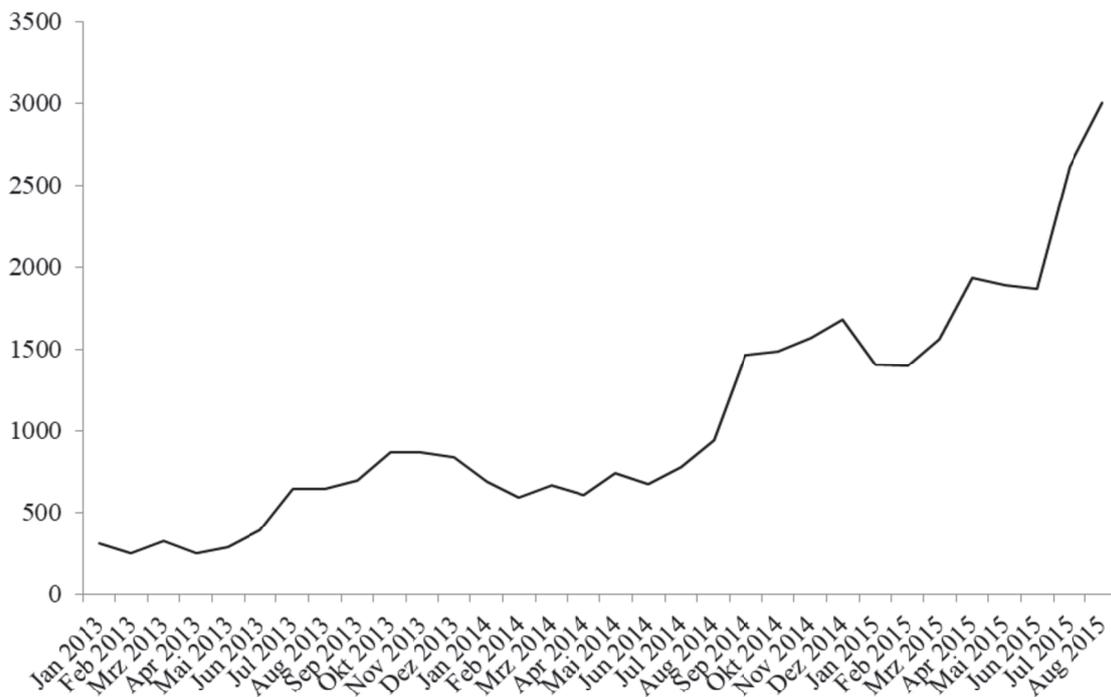
der PEGIDA-Bewegung: die ersten Demonstrationen fanden am 20. Oktober statt. Von dann an steigerten sich die Teilnehmerzahlen von Woche zu Woche, bis sie am 12. Januar 2015 mit schätzungsweise 17.000 bis 25.000 Personen ihren Höhepunkt erreichten. Natürlich sind dies lediglich Parallelen, aber sie legen nahe, dass sich zu dieser Zeit ein Meinungsklima verstärkt herausgebildet hatte, das der islamistischen Bedrohung – und damit auch dem Islam – einen erhöhten Stellenwert im öffentlichen Diskurs verschaffte.⁵⁰

Der Anstieg in der Zahl der medialen Beiträge über den Islamischen Staat und Deutschland ist keiner, der sich ununterbrochen fortsetzte. Der Höhepunkt liegt in der Zeit August bis Oktober des Jahres 2014, dann sinken die Zahlen wieder leicht und bleiben schließlich auf einem niedrigeren Niveau bestehen. Stattdessen, so zeigt die Analyse (Abbildung 2), steigt die Berichterstattung zu den Themen Flüchtlinge, Asyl und Asylbewerber mit Bezug auf Deutschland an. Das Thema der islamischen Bedrohung ist – was die Dynamik betrifft – gewissermaßen durch das

⁴⁹ 2014 hielten 63 % der Deutschen die Gefahr, die in Deutschland von radikalen islamischen Gruppen ausgehen, für groß oder sehr groß. Zwei Jahre zuvor waren nur 56 % dieser Ansicht gewesen, und acht Jahre zuvor gar nur 45 % (Institut für Demoskopie 2014b). Zum Wandel des Islambildes in der Medienberichterstattung im Verlauf des Jahres 2014 siehe auch MediaTenor (2014), Krüger (2015).

⁵⁰ Im Allgemeinen übt das Ausmaß der Berichterstattung eine Agenda-Setting-Funktion aus und verschiebt die subjektive Gewichtung von Themen in der Bevölkerung, vgl. u.a. Kepplinger (2008)

Abbildung 2 Berichterstattung deutscher Zeitungen zum Thema Asyl/ Flüchtlinge und Deutschland im Zeitverlauf (absolute Zahlen)



Basis: Größere Artikel (500 Worte und mehr).

Quelle: LEXIS-NEXIS, Suchbegriff „Asyl*“ oder „Flüchtlinge“ in Kombination mit „Deutschland“ ohne den Begriff „PEGIDA“ in Text, Überschriften oder Einleitung in Print-Ausgaben (79 Zeitungen). Doppelte Fälle (Ähnlichkeit) wurden ausgeschlossen. Eigene Auswertung.

Thema des Asylbewerberzuzugs in dem hier untersuchten Zeitraum ersetzt. Und von einem Abflauen der Entwicklung innerhalb des hier betrachteten Zeitraums ist nichts erkennbar. Nicht nur spiegelt sich darin der weiterhin bestehende Anstieg der Asylbewerberzahlen wider, sondern auch – so ist zu vermuten – die gestiegene Häufigkeit des politischen Diskurses über Zuwanderung und Flüchtlinge.

Der Zustrom an Asylsuchenden nach Deutschland war im Herbst 2014 bereits im Gange. Seit 2011 verzeichnete Deutschland eine zunehmende Netto-Zuwanderung. Nachdem nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung der EU zunächst eine Zuwanderung vor allem aus osteuropäischen Ländern eingesetzt hatte und dies in der Bevölkerung so auch wahrgenommen wurde (Institut für Demoskopie 2014a), kamen 2014 vermehrt Personen aus dem Nahen Osten dazu. Ende des Jahres 2014, so eine Umfrage des Instituts für Demoskopie, waren 86 % der Bürger davon überzeugt, dass derzeit besonders viele Zuwanderer aus dem Nahen Osten kommen. Und die Mehrheit rechnete für die nächsten Jahre mit steigenden Zuwanderer- und Asylbewerberzahlen, zwei

Drittel erwarteten sogar einen noch stärkeren Anstieg als zuvor (Institut für Demoskopie 2014b).

Dass die reale oder imaginierte Bedrohung durch den Islam und die Flüchtlinge ausgereicht hätten, um dem Protest eine ausreichende Grundlage zu geben und um Massen zu mobilisieren, ist gleichwohl zweifelhaft. Die Entwicklung der islamistischen Bedrohung wirkte – so unsere Vermutung – wohl eher als Katalysator. Es wäre wohl nicht in dem Umfang zu den Protesten gekommen, wenn nicht schon gegenüber dem Islam in größeren Teilen der Bevölkerung eine eher kritische bis ablehnende Position bestanden hätte und sie nicht noch andere Motive mit dem Protest hätten verbinden können.

Die Umfragen unter den Demonstranten aus der Frühphase der Bewegung belegen die Gemengelage recht deutlich: Sie zeigen, wie sehr der Protest mit dem Gefühl politischer Entfremdung und nationalen – zum Teil nationalistischen – Einstellungen einhergeht. Die Thematik des Islams, des Asylantrags und der Migrationspolitik nimmt einen gewichtigen, aber keineswegs den einzigen Platz ein (vgl.

u.a. Geiges et al. 2015, Vorländer et al. 2015, 2016, Donsbach 2015a, b, Daphi et al. 2015, Schielicke 2021). Damit sei nicht gesagt, dass ein Anstieg im Gefühl politischer Entfremdung, das hier ebenfalls zum Tragen kommt, in der Bevölkerung zuvor stattgefunden haben muss (unsere Befunde wecken Zweifel an derartigen Entwicklungen) – es reicht, dass ein bereits vorliegendes Potential mobilisiert und im Protest gebündelt wurde.

Wie groß der Stellenwert des Motivs ist, das zum Hauptthema des PEGIDA-Protests deklariert wurde – die Islamisierung bzw. die Bedrohung durch den Islam –, ist eine offene Frage. In der Untersuchung von Hans Vorländer, in der in der Hochphase des Protests – im Januar 2015 – mit einer offenen Frage nach den Gründen der Protestteilnahme gefragt wurde, nannte zwar nur ein Teil der Befragten den Islam oder die Islamisierung als Thema (Vorländer et al. 2015, 2016). Tatsächlich aber kann man den Anteil höher ansetzen, wenn man die Begründungen, in denen auf Migration oder Zuwanderungspolitik oder ähnliches verwiesen wurde, mit darunter fasst (in der Annahme, dass damit in erster Linie islamische Zuwanderung verknüpft wurde vgl. Reuband 2015b: 142).

Hinzu kommt: Offene Fragen, wie sie Hans Vorländer in seiner Untersuchung verwendete, geben Auskunft über das Ranking der selbst verbalisierten Motive, die wichtigsten und die im Bewusstsein präsentesten dürften am ehesten genannt werden. Fragt man spezifischer, unter Verwendung standardisierter Fragen, nach der Bewertung des Islam oder von Muslimen, so belegt eine spätere Untersuchung (Reuband 2019b), dass ein durchaus höherer Anteil als bei der offenen Frage islamfeindliche Positionen vertritt (wobei eine generalisierte Bedrohung dem Islam per se zugeschrieben wird und nicht – wie in der Bevölkerung – eine kleine, marginale Minderheit innerhalb des Islams damit gemeint ist).⁵¹

Es wäre aber wohl nicht zu den massenhaften Protesten und der Regelmäßigkeit der Demonstrationen gekommen, wenn es nicht auch Leute gegeben hätte, die dazu aufgerufen und die Demonstrationen organi-

siert hätten. Hätte es sie nicht gegeben, wäre es beim Unbehagen und Sorgen auf Seiten der Bevölkerung geblieben. Mit anderen Worten: Es spricht viel für eine Aktivierung eines Protestpotentials durch Ereignisse in *Kombination* mit der Mobilisierung des Protests durch Personen, die sich als eine Art „Moralunternehmer“ (Becker 1963) verstanden und als solche agierten. Und all dies vor dem Hintergrund eines bestehenden Protestpotentials, das sich aus einer Gemengelage unterschiedlicher Motive ergibt: aus Islamfeindlichkeit und diffusen ethnozentrischen Ressentiments ebenso wie generalisierter Unzufriedenheit mit politischen Verhältnissen. Es bedurfte, so unsere These, nicht entsprechender Vorläufer auf der Ebene von Einstellungen und sozialen Verhältnissen, es reichte, dass das bestehende Potential durch eine spezifische Konstellation äußerer Bedingungen aktiviert und in Handeln umgesetzt wurde.

11. Langzeitverlauf des PEGIDA-Protests

Wenn aber lediglich ein bestehendes Protestpotential aktiviert wird – und dies ebenso in anderen Orten als Dresden hätte aktiviert und mobilisiert werden können – warum aber fand dann der Protest in Dresden statt und bildete sich dort als eine Art Dauerzustand heraus, warum nicht in einer anderen Stadt in Sachsen oder in anderen Regionen Deutschlands? Es gibt mehrere Gründe, die die Wahl dieses Ortes nahelegen. Landeshauptstädte sind besser geeignet als andere Orte für öffentlichkeitswirksamen Protest. Hier ist die Landesregierung angesiedelt. Hier gibt es auch – wie im Fall Dresdens – eine herausgehobene kulturelle Symbolik, die eine bundesweite Aufmerksamkeit garantiert. Die Stadt gilt als eine der schönsten in Deutschland, wenn nicht gar als die schönste überhaupt.⁵² Hinzu kommen dürfte ein weiterer, eher zufälliger Grund: die Initiatoren und Organisatoren des Protests kommen aus Dresden und dem unmittelbaren Umland. Angesichts dessen ist für sie auch aus rein praktischen Gesichtspunkten her die Wahl Dresdens als Veranstaltungsort naheliegend.

Ist auch Dresden der Ort der Kundgebungen, der Wohnsitz der Teilnehmer muss es nicht sein. Für den massenhaften Zulauf zu den PEGIDA-Kundgebungen sorgten nicht zuletzt die Mobilisierung und Aktivierung von Personen aus dem Umland Dresdens. In der Hochphase der Demonstrationen kam die Mehrheit der Demonstranten von dort. Nicht mehr als rund 40 % – so das Ergebnis der Demons-

⁵¹ Gefragt, ob der Islam insgesamt eine Bedrohung darstelle oder bestimmte Gruppen, meinte 2015 in einer bundesweiten Umfrage die Mehrheit der Bürger, es handele sich um eine bestimmte Gruppe. Unter den PEGIDA-Befragten hingegen verhielt es sich umgekehrt (Reuband 2017b: 121). Ähnlich für die Bevölkerung das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage im Auftrag des Bayerischen Rundfunks. Hier gaben 2016 11 % der Bundesbürger an, Gewalt sei im Islam generell angelegt. Demgegenüber meinten 88 %, dass eine friedliche Religion von Extremisten missbraucht würde (Bayerischer Rundfunk 2016).

⁵² Vgl. Sächsische Zeitung Online 11.09.2015 (<http://www.sz-online.de/nachrichten/dresden-ist-die-schoenste-stadt-deutschlands-3195989.html>)

tranten-Befragungen vom Januar 2015 (Geiges et al. 2015, Rucht et al. 2015, Vorländer et al. 2016) – stammten aus Dresden. Die Tatsache, dass es in der sächsischen Schweiz eine überproportionale Politikverdrossenheit gibt, wie man der Stimmzahl für die NPD bei Wahlen entnehmen kann, und die Ausländerfeindlichkeit in der Region stärker verbreitet ist als in Dresden⁵³, dürfte für ein breites, leicht aktivierbares Rekrutierungspotential gesorgt haben.

Zwischenzeitlich schrumpfte die Zahl der Teilnehmer und bildeten die Dresdner zeitweise auch die Mehrheit der Demonstranten. Offenbar zogen sich diejenigen, die von außerhalb Dresdens kamen, verstärkt zurück. Zugleich verengte sich die Thematik des Protests auf die Asylpolitik und bahnte sich eine Radikalisierung in den Orientierungen an (vgl. Patzelt und Klose 2016, Reuband 2017b:120f.). Sieht man von der Tatsache ab, dass ein Engagement umso mehr abnimmt, je weniger man es mit Erfolg verknüpft sieht (umso geringer ist man bereit, einen relativ hohen Aufwand zu betreiben und eigens nach Dresden zu fahren) –, so dürfte partiell auch eine lokale Ausdifferenzierung des Protests für den Rückgang der Teilnehmerzahlen eine Rolle gespielt haben: Der Protest verlagerte sich zum Teil auch auf Kommunen, in denen Asylbewerber untergebracht waren oder untergebracht werden sollten.⁵⁴ In dem Maße wie die AfD sich im bundesdeutschen Parteiensystem etablierte und sich auch unter den PEGIDA-Anhängern als Option anbot, Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen (vgl. Patzelt und Klose 2016, Reuband 2016b), relativierte sich zudem der Stellenwert von PEGIDA als Medium des Protests. PEGIDA existiert zwar heutzutage noch immer, aber

die Zahl der Menschen, die zu den Kundgebungen noch mobilisiert werden, hält sich in Grenzen.

12. Schlussbemerkungen

Politisches Handeln auf lokaler Ebene wird durch die lokale politische Kultur auf der Ebene der Einstellungen, die in der Bevölkerung verbreitet sind, maßgeblich mitbestimmt. So gibt es auf lokaler Ebene einen Zusammenhang zwischen der Verbreitung ausländerfeindlicher und rechtspopulistischer Einstellungen und der Wahl der AfD. Aber nicht zwingend kann umgekehrt aus der Verbreitung lokaler AfD-Wahlerfolge und anderer Formen politischen Handelns auf entsprechend verbreitete Einstellungen rückgeschlossen werden. Es handelt sich um probabilistische, nicht um deterministische Beziehungen. Andere Einflussfaktoren müssen mitgedacht werden. Dies gilt auch für PEGIDA in Dresden.

Anders als in der Literatur weithin angenommen, kann die Entstehung von PEGIDA nicht als Folge wachsender ethnozentrischer Ressentiments oder sozialer Deprivations- oder Anomie-Prozesse in der Bevölkerung Dresdens verstanden werden. Ebenso wenig kann man sie durch ein überproportionales Maß ethnozentrischer Ressentiments in der Bevölkerung erklären. Vielmehr dürften spezifische Ereignisse, wie die Zuschreibung gestiegener Bedrohung durch einen politischen Islam, exemplifiziert durch die Ereignisse in Syrien und den Islamischen Staat, mit zu den Randbedingungen gehört haben, die in *Kombination* mit bestehenden Dispositionen auf der Bevölkerungsebene und eher zufälligen Faktoren – wie der Mobilisierung durch interessierte Akteure vor Ort – PEGIDA als Protestbewegung entstehen ließen.

Auch wenn spezifische politische und kulturelle Dispositionen ein bestimmtes Wahlverhalten oder spezifischen Protest auf lokaler Ebene begünstigen, so stellt dies doch keine zwingende Voraussetzung dafür dar. Eigendynamische Prozesse, durch Ereignisse und deren Deutung mitbedingt, sind – so legt es unsere Analyse nahe – in der Lage, einen eigenständigen Einfluss auf die Entwicklung auszuüben. Sie mögen zwar an bestehenden Dispositionen ansetzen, aber sie reichen in ihrer Dynamik darüber hinaus. Theoretische Ansätze, welche die Entwicklung rechtspopulistischen Protests lediglich als Folge längerfristiger gesellschaftlicher Erosionstendenzen interpretieren und zeitspezifische Ereignisse mit ihren Folgen und Realitätsdefinitionen ausblenden, greifen zu kurz.

⁵³ Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2010:109). Die Vergleichsdaten stammen allerdings nicht aus den gleichen Jahren (Dresden: 2010, Sachsen: 2006-2010), so dass eine sinkende Ausländerfeindlichkeit für Dresden womöglich stärkere Abweichungen hat entstehen lassen als realiter vorhanden. Zur größeren AfD-Affinität des Umlands siehe Reuband (2019a).

⁵⁴ Auffällig sei, so vermerken Berger et al. (2016: 129), dass es 2015 eine räumliche Kongruenz gebe mit den Städten, in denen zur Wendezeit größere Demonstrationen stattfanden (Leipzig, Dresden, Plauen). Woraus die Autoren ableiten, dass auch ehemalige Teilnehmer der „Wende“ offenbar beteiligt wären – eine Annahme, die sich für Dresden bestätigen lässt. Hier nahm die Mehrheit der PEGIDA-Teilnehmer einst an den Wende-Protesten der DDR-Zeit teil (was umgekehrt nicht bedeutet, dass die Teilnehmer des Wende-Protests, etwa an den Montagsdemonstrationen, Rechtspopulisten waren, vgl. Reuband 2019b). Eine Analyse der anderen Orte des PEGIDA-ähnlichen Protests unterbleibt allerdings bei Berger et al. (2016), so dass die Analyse des Zusammenhangs mit den Wende-Protesten unvollständig bleibt.

Dass PEGIDA in Dresden und nicht an anderen Orten entstand und die PEGIDA-Proteste dort bis heute stattfinden, kann weder der politischen Kultur der Stadt noch den soziokulturellen Dispositionen der Bürger zugerechnet werden. Dies gilt bis in die jüngere Zeit. So lässt sich auf der Basis des „Sachsen Monitors“ für die Zeit 2016-18 anhand der verfügbaren Indikatoren für Ethnozentrismus weder eine Sonderstellung Dresdens mit atypisch hohen Werten im Vergleich der drei sächsischen Großstädte noch im Vergleich mit anderen Regionen Sachsens feststellen (Reuband 2019a).

War die „Wiederbelebung“ des PEGIDA-Protests im Herbst 2015 nach einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zunächst in maßgeblicher Weise eine Folge der „Flüchtlingskrise“, eines überaus starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen, so verselbständigte sich der Protest in späterer Zeit. Vergleicht man die Teilnehmerzahlen im Verlauf der Jahre 2015 und 2016, ist unschwer zu erkennen, dass diese nicht (mehr) durch äußere Ereignisse – wie islamistische Terroranschläge oder andere bedrohliche Ereignisse – beeinflusst wurden, sondern eher durch den „Event“-Charakter der jeweiligen Kundgebung: abhängig davon, ob es sich um prominente Redner handelte oder um Jahresjubiläen von PEGIDA (vgl. Reuband 2016b, 2017b). Damit hat die Protestbewegung einen sich selbst verstärkenden Charakter erlangt, der gleichwohl einen längerfristigen Schwund in den Teilnehmerzahlen nicht verhindern konnte. Dass es diesen Schwund gab, ist wenig verwunderlich: Die Dramatik, die einst die „Flüchtlingskrise“ über das Fernsehen mit ihren täglichen Bildern in die häuslichen Wohnzimmer brachte, ist längst verschwunden. Die AfD hat sich als parlamentarischer Arm mit ähnlichen Anliegen wie PEGIDA etabliert. PEGIDA hat dadurch zentrale Funktionen verloren.

Inwieweit eine neue Dynamik im Gefolge der Corona-Pandemie erwachsen wird, bleibt abzuwarten. Ähnlich wie die AfD nimmt PEGIDA gegenüber den Corona-Maßnahmen eine kritische Haltung ein (was zum Teil der generalisierten Anti-Regierungshaltung geschuldet sein dürfte). Maskentragen und Abstandhalten war – solange dies nicht Bestand der Demonstrationsauflagen war – bei PEGIDA-Kundgebungen eher unüblich.⁵⁵ Mit den Corona-Maßnahmen hat sich ein Thema gefunden, dessen Einbindung in die PEGIDA-Rhetorik vom weiteren Verlauf der Pandemie ebenso abhängen wird wie von den Möglichkei-

ten, damit an die eigenen bisherigen Themen anzuknüpfen und neue Koalitionen des Protestes zu schaffen.⁵⁶

Literaturverzeichnis

- Almond, G. & S. Verba (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston.
- Backes, U. (2016). Politisch motivierte Gewalt in Sachsen. In: G. Pickel & O. Decker, Hrsg., *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Leipzig, S. 27-37.
- Barnes, S. H. & M. Kaase et al. (1979). *Political Action*. Beverly Hills/ London.
- Bayerischer Rundfunk (2016). Der Islamreport. Muslime in Deutschland – eine Bedrohung? URL: <https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/dokthema/islam-report-dokthema-102.html>; Zugriff 20.09.2020.
- Becker, H.S. (1963). *Outsiders. Studies in the Sociology of Deviance*. New York/London.
- Bencic, D. & J. Strasheim (2016). Refugees Welcome? Introducing a New Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany. *Kiel Ifw Working Papers, 2032*, S. 1-14.
- Berliner Morgenpost (2017). Die Gemeinde, in der fast jeder Zweite die AfD wählt. URL: <https://www.morgenpost.de/politik/article212056509/Die-Gemeinde-in-der-fast-jeder-Zweite-die-AfD-wahlte.html>; Zugriff 29.09.2020.
- Berger, R., S. Poppe & M. Schuh (2016). Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern. In: K.-S. Rehberg, F. Kunz & T. Schlinzig, Hrsg., *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke*. Bielefeld, S. 113-146.
- Best, H., Miehke & A. Salheiser (2018). *Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen*

⁵⁵ Dies kann man unschwer den Übertragungen oder Aufzeichnungen der Montagsdemonstrationen von PEGIDA auf YouTube entnehmen.

⁵⁶ Auf der Kundgebung am 28.09.2020 z.B. wurden – wie man YouTube-Aufzeichnungen entnehmen kann – einmal mehr diverse Verschwörungstheorien verbreitet. So wurde von einem der üblichen Redner nicht nur behauptet, Corona sei wie jede normale Grippe-Welle. Es wurde auch gesagt, Corona würde von den Politikern genutzt, um im „Hinterzimmer“ Zuwanderung und „Umvolkung“ weiter ungestört zu betreiben. Und dass man mit den Maßnahmen die Wirtschaft ruinieren würde, damit der Nationalstaat nicht mehr eigenständig handeln könne. Im Hintergrund der Redner war ein riesiges Original-Banner mit dem Namen des amerikanischen Präsidenten zu sehen – ein Zeichen, wie sehr die Anti-Migrations-Politik des amerikanischen Präsidenten (und womöglich auch dessen Corona-Verständnis) dem Selbstverständnis von PEGIDA ideologisch einen gewissen Rückhalt verleiht.

- Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen.* Forschungsbericht Dezember 2019. Jena.
- Best, H., M. Miehle & A. Salheiser (2019). *Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen.* Forschungsbericht Dezember 2019. Jena.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017). *Aktuelle Zahlen zu Asyl.* Ausgabe: Dezember 2017. Nürnberg.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2015). *202.834 Asylanträge im Jahr 2014.* Pressemitteilung 14.01.2015. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2015/01/asylzahlen_2014.html; Zugriff 29.09.2020.
- Bundeskriminalamt (2014). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2015.* Wiesbaden
- Curle, P., L. Pflugradt, S. Segelke & L. Weißendorn (2016): Pegida in Kundgebungen und Reden. In: W. Patzelt & J. Klose, Hrsg., *PEGIDA. Warnsignale aus Dresden.* Dresden, S. 101-148
- Daphi, P. et al. (2015). *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA.* URL: <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-PEGIDA-demonstration>; Zugriff: 20.09.2020
- Decker, O. (2016). Rechtsextremismus der Mitte - Autoritäre Dynamiken. In: G. Pickel & O. Decker, Hrsg., *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme.* Leipzig, S. 50-59.
- Decker, O., Kiess, J. & E. Brähler (2014). *Die stabilisierte Mitte.* Leipzig.
- Decker, O., Kiess, J. & E. Brähler (2015). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsgenese.* Gießen.
- Decker, O., J. Kries, E. Eggers & E. Brähler (2016). Die „Mitte“- Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler, Hrsg., *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland.* Gießen, S. 23-66.
- Del Giudice, L. N. Ebner, L. Knopf & M. Weber (2020): Was sagt Pegida? Eine Analyse von Reden in Dresden. In: U. Backes & S. Kailitz, Hrsg., *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen, S. 101-126.
- Delhey, J. & L.C. Steckermeier (2019). Statusängste in Deutschland. Wachsendes Problem oder zeitdiagnostischer Mythos? In: C. Lübke & J. Delhey, Hrsg., *Diagnose Angstgesellschaft. Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen.* Bielefeld, S. 195-136
- Donsbach, W. (2015a). *Welche Einstellungen führen zu Pegida? Neue Umfrage der Dresdner Kommunikationswissenschaft.* Pressemitteilung. Dresden. URL: https://tu-dresden.de/gsw/der-bereich/news/news_article.2015-01-27.9900678214; Zugriff 20.09.2020.
- Donsbach, W. (2015b). *Projekt ZIGEDD: Pegida. Erste Ergebnisse.* PP. Präsentation 29.01.2015. Dresden (unveröffentlicht).
- Droste, L. (2019). Treiben Sorgen und Ängste den „populistischen Zeitgeist“? In: C. Lübke & J. Delhey, Hrsg., *Diagnose Angstgesellschaft. Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen.* Bielefeld, S. 223-254.
- Fehser, S. (2015). *Eine gespaltene Stadt. Positionen der Dresdner Bevölkerung zum Thema Asyl.* Dresden. URL: <https://kirche-demokratie.de/media/download/26/attachment-1570456561.pdf>; Zugriff 20.09.2020.
- Fuchs, D. (2007). The Political Culture Paradigm. In: R.J. Dalton & H.-D. Klingemann, Hrsg., *The Oxford Handbook of Political Behavior.* Oxford, S. 161-184.
- Geiges, L., Marg, S. & Walter, F. (2015). *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft.* Bielefeld.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I.* Frankfurt/M.
- Hertel, F.R. & F. Esche (2019). Die rechte Mitte? Zur Rolle objektiver Position und subjektiver Verunsicherung für die Identifikation mit rechten Parteien. In: C. Lübke & J. Delhey, Hrsg., *Diagnose Angstgesellschaft. Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen.* Bielefeld, S. 255-286.
- Holtmann E. et al. (2015). *Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Abschlussbericht.* Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Berlin.
- Institut für Demokratieforschung (2016). *Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen.* Göttingen.
- Institut für Demoskopie (2014a). *Mehr Gelassenheit gegenüber Zuwanderung.* Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43 vom 20. Februar 2014. Allensbach. URL: ifd-allensbach.de; Zugriff 20.09.2020.

- Institut für Demoskopie (2014b). *Verachtet mir die Bürger nicht*. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 293 vom 17. Dezember 2014. Allensbach. URL: ifd-allensbach.de; Zugriff 20.09.2020.
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2010). *Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden*. Bielefeld. URL: https://www.dresden.de/media/pdf/auslaender/studie_rechtsextremismus_110524.pdf; Zugriff: 20.09.2020.
- Kepplinger, H. M. (2008). Effects of the News Media on Public Opinion. In: W. Donsbach & M.W. Traugott, Hrsg., *The Sage Handbook of Public Opinion Research*. Los Angeles et al., S. 192-204.
- Kiess, J. (2015). 50 Shades of Brown: Pegida und der Wunsch nach Autorität. In: H. Martin, W. Möllers & R. C. van Ooyen, Hrsg., *Jahrbuch für Öffentliche Sicherheit*. Frankfurt a. M.; S. 207-221.
- Kocyba, P. (2020). Pegida: Ausdruck rechtsextremer Protests?. In: U. Backes & S. Kailitz, Hrsg., *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen, S. 81-100.
- Koopmans, R. (2007). Social Movements. In: R. Dalton & H.-D. Klingemann, Hrsg., *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford, S. 693-707.
- Koppetsch, C. (2019a). *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld.
- Koppetsch, C. (2019b). Den Streit mit den Rechtspopulisten muss man aushalten (Interview). In: *Neue Züricher Zeitung*, 17.05. 2019, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/cornelia-koppetsch-streit-mit-populisten-muss-man-aushalten-ld.1481628>; Zugriff 29.09.2020.
- Krosnick, Ch. M. Judd & B. Wittenbrink (2005): The Measurement of Attitudes. In: D. Albarracin, B.T. Johnson & M.P. Zanna, Hrsg., *The Handbook of Attitudes*. New York/London, S. 21-78.
- Krüger, U.M. (2015). InfoMonitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung. In: *Media Perspektiven*, Nr. 2, S. 75-104.
- Küpper, B., A. Zick & D. Krause, D. (2015). PEGIDA in den Köpfen. In: A. Zick & B. Küpper, Hrsg., *Wut, Verachtung, Abwertung*. Bonn, S. 21-43
- Landeshauptstadt Dresden (2013): *Statistische Mitteilungen*. Bevölkerung und Haushalte 2013. Dresden.
- Lazarsfeld, P. & H. Menzel (1961): On the Relation between Individual and Collective Properties. In: A. Etzioni, Hrsg., *Complex Organizations. A Sociological Reader*. New York, S. 422-440
- Lee, S. W.L., J.Y. Huang & N. Schwarz (2020). Risk Overgeneralization in Times of a Contagious Disease Threat. In: *Frontiers in Psychology*, 11, Article 1392.
- Lengfeld, H. (2019). Abstiegsängste in Deutschland im historischen Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozioökonomischen Panels 1991-2016. In: C. Lübke & J. Delhey, Hrsg., *Diagnose Angstgesellschaft. Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen*. Bielefeld, S. 58-76.
- Lucke, v. A. (2015). Terror und PEGIDA: Gebt uns ein Feindbild! In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2, S. 5-8.
- Lüdemann, C. (2001). Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlusstheorien am ALLBUS 1998. In: A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt, Hrsg., *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, S. 43-73.
- McCarthy, J.D. & M.N. Zald (1977). Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, In: *American Journal of Sociology*, 82, S. 1212-1241.
- MDR (2019). Paska: AfD-Hochburg in Thüringen. URL: <https://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/paska-afd-hochburg-saale-orka-kreis-100.html>; Zugriff 29.09.2020.
- MediaTenor (2014). IS schlägt Islambild in den Medien – Franziskus strahlt positiv. URL: de.mediate-nor.com; Zugriff 20.09.2020.
- Nachtwey, O. (2015). Rechte Wutbürger. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3, S. 81-90.
- Patzelt, W.J. & J. Klose, Hrsg. (2016). *PEGIDA. Warnsignale aus Dresden*. Dresden.
- Pokorny, S. (2020). *Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland* (Konrad Adenauer Stiftung. Empirische Sozialforschung). Berlin.
- Rainer, H. et al. (2018). *Deutschland 2017. Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. München.
- Reuband, K.-H. (1998). Panelmortalität in postalischen Erhebungen und soziale Zusammensetzung der Befragten. In: *Planung und Analyse*, Heft 2, S. 58-63.

- Reuband, K.-H. (1999). Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern: Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie. In: *ZA Information* 45, S. 71-99
- Reuband, K.-H. (2001). Möglichkeiten und Probleme postalischer Befragungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 53, S. 338-364.
- Reuband, K.-H. (2002). Mail and Telephone Surveys. Their Impact on Responses. In: J. Blasius, J. Hox, E. de Leeuw & P. Schmidt, Hrsg., *Social Science Methodology in the New Millennium* (CD-Rom). Opalden.
- Reuband, K.-H. (2003). Akquieszenzeffekte bei postalischen Befragungen zum wahrgenommenen Sanktionsrisiko. Der Einfluss von Alter, Bildung und Geschlecht. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 96, S. 458-463.
- Reuband, K.-H. (2007). Attitudes towards Foreigners in Germany. A Case Study on Cognitive Differentiations, Social Background Factors, and the Specific Standing of the Japanese. In: T. Kutsune, Y. Nishijima & H. Adachi, Hrsg., *Socio-Cultural Transformations in the 21th Century? Risks and Challenges of Social Changes*. Kanazawa, S. 117-134.
- Reuband, K.-H. (2009): Hoffnung auf „blühende Landschaften“ und wirtschaftlichen Wohlstand: Die wirtschaftliche Angleichung von West- und Ostdeutschland im Zeithorizont der Ostdeutschen. In: M. Andel, D. Brandes & J. Pesek, Hrsg., *Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*. Essen, S. 109-127.
- Reuband, K.-H. (2010a). Subjektives Kriminalitätserleben im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Die Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen im kollektiven Verlauf und individueller Erinnerung. In: A. Groenemeyer, Hrsg., *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden, S. 112-162.
- Reuband, K.-H. (2010b). How People Learned About the September 11 2001 Terrorist Attack and How It Affected Them. A Study in News Diffusion and Psychosocial Reactions in Germany. In: T. Beckers, K. Birkelbach, J. Hagena & U. Rosar, Hrsg., *Komparative empirische Sozialforschung*. Wiesbaden, S. 437-466.
- Reuband, K.-H. (2011). Rücklaufquoten und Repräsentativität. Welchen Einfluss hat die Rücklaufquote auf die Repräsentativität. In: *Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes deutscher Stadtstatistiker*, Heft 1, S. 44-50
- Reuband, K.-H. (2014). Schriftliche-postalische Befragungen. In: N. Baur & J. Blasius, Hrsg., *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, S. 643-660.
- Reuband, K.-H. (2015a). Ausschöpfung und Nonresponse in postalischen Befragungen. Der Stellenwert von Incentives, Fragebogenlänge und Anonymität der Fragebogenadministration. In: J. Schupp & C. Wolf, Hrsg., *Nonresponse Bias. Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen*. Wiesbaden, S. 203-245.
- Reuband, K.-H. (2015b). Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: *MIP Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, 21, S. 133-143.
- Reuband, K.-H. (2016a). Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer. In: *MIP Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, 22, S. 52-69.
- Reuband, K.-H. (2016b). Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von Pegida Kundgebungen. In: K.-S. Rehberg, F. Kunz & T. Schlinzig, Hrsg., *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke*. Bielefeld, S. 165-187.
- Reuband, K.-H. (2017a). Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexerer und regionalspezifischer Analysen bedarf. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30, Heft 1, S. 101-106.
- Reuband, K.-H. (2017b): Die Dynamik des Pegida Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung. In: *MIP Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, 23, S. 112-130.
- Reuband, K.-H. (2018). Motive des Pegida-Protests: Verbreitung, Struktur und Entwicklung unter dem Einfluss der „Flüchtlingskrise“. In: *MIP Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, 24, S. 90-100.
- Reuband, K.-H. (2019a). Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellun-

- gen zu Ausländern und Muslimen wieder? In: *MIP Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 25, S. 13-27.
- Reuband, K.-H. (2019b). PEGIDA und die Montagsdemonstrationen in der „Wende-Zeit“ der DDR: Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Protests. In: *MIP Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 25, Heft 2, S. 220-234.
- Reuband, K.-H. (2021). Dresden im Krisenmodus: Die „Jahrhundertflut“ von 2002. Betroffenheit, Engagement und psychosoziale Reaktionen der Bevölkerung. In: K.-H. Reuband, Hrsg. *Dresden. Soziale Transformationen und kulturelle Repräsentationen*. Dresden (erscheint demnächst).
- Schielicke, A. (2021). Gesellschaftspolitische Einstellungen im Wandel und Unterstützung von PEGIDA in der Bevölkerung. In: K.-H. Reuband, Hrsg. *Dresden. Soziale Transformationen und kulturelle Repräsentationen*. Dresden (erscheint demnächst).
- TNS Emnid (2014). *Sachsen 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. April 2014. Bielefeld. URL: [http://84.19.193.130/online/fdp/cisweb4_fdp.nsf/\(File\)/E841CF5AFA401999C1257CB6004E0C3D/\\$File/Emnid%20April%202014.pdf](http://84.19.193.130/online/fdp/cisweb4_fdp.nsf/(File)/E841CF5AFA401999C1257CB6004E0C3D/$File/Emnid%20April%202014.pdf); Zugriff 20.09.2020.
- TNS Emnid (2015). *Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Sachsen*. Grafikauswertung. Juni 2015. Bielefeld. URL: https://www.l-iz.de/wp-content/uploads/2016/02/132_umfrage_sachsen_2015.pdf; Zugriff 20.09.2020.
- Vorländer, H. (2016). Zerrissene Stadt: Kulturkampf in Dresden. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66, 5-7/2016, S. 22-28.
- Vorländer, H., M. Herold & S. Schäller (2015). *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden*. Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015. Dresden.
- Vorländer, H., M. Herold & S. Schäller (2016). *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden.
- Winkler, G. (2016). *Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2016. Positionen der Bürgerinnen und Bürger*. 5. Aufl. Bernau. URL: http://www.sfz-ev.de/index_htm_files/FR-V-16-E2.pdf; Zugriff 20.09.2020.
- Zick, A. & A. Klein (2014). Rechtsextreme Einstellungen in der fragilen Mitte. In: A. Zick & A. Klein, Hrsg., *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn, S. 32-60.
- Zick, A., D. Krause & B. Küpper (2015). Der Osten erhebt die feindselige Stimme? In: A. Zick & B. Küpper, Hrsg., *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*. Bonn, S. 44-60.
- Zick, A., D. Krause & B. Küpper (2016). Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: A. Zick, B. Küpper & D. Krause, Hrsg., *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn, S. 11-142.